

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando:
Bieteljährlich 2,50 Mt., monatlich 1,10 Mt.,
wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus.

Vorwärts

Die Insertions-Gebühren
betragen für die sechsgepaltene Kolonelle
ober deren Raum 40 Pfg., für
Berichts- und Besammlungs-Anzeigen,
sowie Arbeitsmarkt 20 Pfg.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.

Dienstag, den 10. Mai 1898.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

Die Lage in Italien.

In den rauschenden Festjubiläum-
feier anlässlich des 50. Jahrestages des Erlasses der
piemontesischen Verfassung, in die phrasenreiche Rede
des Königs Humbert tönte der schrille Ton von den
Hungerevoluten in den südlichen Provinzen des König-

das nicht auf dem Wege unorganisierter Straßenkämpfe, sondern
blos auf dem Wege mühevoller aufopferungsfähiger Aufklärungs-
arbeit und Organisation der Massen die heutige Ordnung
ernstlich erschüttert und bessere Zustände herbeigeführt werden
können.

Unser römischer Korrespondent schreibt uns unter dem
6. d. Mts.:

Die Hungerrevolten dauern fort, breiten sich über das
ganze Land aus und nehmen an Heftigkeit zu. Die Ursachen dieser
Vorgänge liegen klar zu Tage und sind im „Vorwärts“ schon mehr-
fach erörtert worden.

Die ganze Bewegung erhält aber immer mehr und mehr
einen politischen Anstrich und andere Klassen werden von
Ihr mit beeinflusst. Das Kleinbürgerthum, das ländliche,
wie das städtische, wird erfasst von Unzufriedenheit über
die hohen Steuern für Militär und Marine.

Auf Seiten der Regierung und der Monarchie steht augenblicklich
nur der Großgrundbesitz, die Bureaucratie und die Armee. Alle diese
Elemente würden sich wieder in die Arme des Crispi werfen, der
das weitgehendste Vertrauen des Königs besitzt.

Heute liegen wieder eine Menge Nachrichten aus allen Theilen
des Landes vor. In Ravenna ist der Sohn des Vizepräsidenten der
Kammer durch eine Flintenugel eines Soldaten tödtlich getroffen
worden.

Der Telegraph meldet ferner und zwar aus Rom:
Die Regierung hat die Waffendepots sämtlicher italienischer
Schützenvereine beschlagnahmt.

Auch in Florenz und Ferrino ist die Ruhe gestört worden. Die
Referendari der Jahresklasse 1873 haben sich überaus ordnungsgemäß
gestellt.

Ein weiterer Theil des Jahrganges 1873 und ein Theil des
Jahrganges 1874 sind einberufen worden und haben sich am 10. d. M.
zu stellen. Nach Meldungen der Wähler sollen der Direktor und
einige Redakteure des „Maldaner Socolo“ verhaftet und der
„Socolo“ wie auch die „Italia del Popolo“ suspendirt worden sein.

In Genua fand gestern Abend eine Kundgebung anlässlich der
Vortreibung statt. Die Manifestanten bewarfen die öffentliche
Macht mit Steinen und verbrannten einige Wädelereien zu fährnen.
Das heiligegeheilte Militär gab Feuer; zwei der Aufseher wurden
getödtet, mehrere verwundet. Um dieselbe Zeit fanden auch in Ponte-
dera, in der Nähe von Pisa Unruhen statt. Die Menge zog vor das Stadt-
haus und verlangte Brot und Arbeit. Ingeachtet der Ermahnungen der
Behörden und der Versprechungen des Bürgermeisters setzten die
Manifestanten den Tumult fort und bewarfen Polizei und Militär
mit Steinen. Als die Menge der gefahrensamen Aufforderung zum
Auseinandergehen nicht Folge leistete und fortgesetzt die Truppe mit
einem Steinhagel überschüttete, machte diese von den Waffen Ge-
brauch. Drei der Aufreiter wurden getödtet, ebenso viel verwundet.

Aus Florenz wird vom Sonnabend gemeldet:

Heute wurde auf der Piazza Vittorio Emanuele die Veranstal-
tung einer Kundgebung verjagt. Militär trieb die Manifestanten aus-
einander, welche durch Steinwürfe die Fenster einiger Läden zer-
trümmerten. Die Karabinieri, welche einige Verhaftete ins Ge-
wahrsam abführten, schossen in die Luft, um die anbrängenden
Aufreiter fernzuhalten. Es ist Regenwetter eingetreten. In
Prato ist die Ruhe wiederhergestellt. Patrouillen durchziehen die
Straßen.

Schwere Naturereignisse verschlimmern die Lage. Hierüber
liegen die folgenden telegraphischen Nachrichten vor:

Nach Meldungen aus Ravenna, Florenz und Arezzo ist durch
theilweises Austreten der Flüsse infolge anhaltenden Regens viel-
facher Schaden angetichtet. An mehreren Orten wurde der Eisen-
bahn-Verkehr durch Umschlagen der tiefer gelegenen Stadtheile unter
Wasser gesetzt. Jedoch ist der angerichtete Schaden nicht sehr groß.
Es herrscht andauernd völlige Ruhe.

Aus Senigaglia wird gemeldet: Infolge überaus heftiger Regen-
fälle sind die Städte und das freie Feld überschwemmt.
Der Schaden ist sehr erheblich. — Auch in Rimini wurden infolge
von starken Niederschlägen die tiefer gelegenen Stadtheile unter
Wasser gesetzt. Jedoch ist der angerichtete Schaden nicht sehr groß.
Es herrscht andauernd völlige Ruhe.

Die italienische Regierung weiß sich keinen Rath in der
schwierigen Situation. Man denkt Crispi als Retter in
der Noth ans Ruder zurückzurufen. Wie muß das
italienische Königshaus und die herrschende Klasse von ihrer
völligen Unfähigkeit überzeugt sein, wenn sie den verachteten,
verworfensten, gerichteten Mann zu Hilfe ruft, nur weil er
sich stets als gewissenlos und rücksichtslos erwiesen hat.

Die Verurteilung Crispi's würde aber Del ins Feuer gießen.
Wagt man das wirklich heute!!

Die Wahlen in Frankreich.

Das allgemeine Stimmrecht hat gesprochen. Die bisher vor-
liegenden Nachrichten geben noch keinen vollständigen und klaren
Uebersicht; die telegraphischen Meldungen widersprechen sich vielfach
und die Benennungen der Kandidaten und der gewählten Abgeord-
neten weichen vielfach von einander ab, wie es auch früher der Fall

war. Besonders ist eine irgendwie zuverlässige Abgrenzung zwischen
den verschiedenen Richtungen der Sozialisten und Radikalen nicht
zu finden.

Das Ergebnis der Wahl entspricht im allgemeinen den
gehobten Erwartungen. Von unserer Seite im besonderen —
das zeigen unsere vor der Wahl veröffentlichten Artikel und
Korrespondenzen aus Paris — konnten keine überschweng-
lichen Hoffnungen gehegt werden. Für jeden, der die
französischen Verhältnisse und die Entwicklung des fran-
zösischen Sozialismus kennt, stand fest, daß es nur darauf ankommen
konnte, ob die französische Sozialdemokratie ihre großen Fortschritte
bei der vorigen Wahl von 1893 zu erhalten im Stande war.

1893 hatte die Sozialdemokratie in Frankreich unter dem
Zeichen des Panamassandalos überaus große, alle Hoff-
nungen übersteigende Siege errungen. Viele vermeinten damals
und beharrten die letzten Jahre hindurch in der Meinung,
jener Sieg sei nur ein Zufallsstreich gewesen. Die Wahl am
Sonntag hat bewiesen, daß das nicht der Fall war. Sie
hat bewiesen, daß der Sozialismus in der französischen
Arbeiterklasse fest wurzelt, daß selbst die ungünstigste Augenblicks-
situation die Anhänger nicht mehr ins Wanken zu
bringen vermag. Und die politische Situation, unter der die Wahl
stattand, war überaus ungünstig. Der eitle Earm der Merikal-
militaristisch-antisemitischen Orgie hatte die Gemüther berauscht, die
Volkseele vergiftet; ein falscher Patriotismus, durch die Dreyfus-
Sache entzündet, durch eine unklare Angst vor eingebildeten Gefahren
angefacht, durch die Handlanger des Kapitalismus und Merikalismus
in mächtigen Flammen angetrieben, schien rings das Land, die
ganze Nation erfasst zu haben.

Und trotzdem stand die Sozialdemokratie fest und unerschütter-
lich. Ja, sie schritt voran, sie übertraf den Sieg von 1893.

Freilich kein Sieg ohne Opfer. Mehrere der besten Kämpfer
sind im Wahlkampf unterlegen. Guesde und Jaurès sind nicht
gewählt. In ihren Wahlkreisen Roubaix und Carmaux haben Re-
gierung und Kapitalisten sich seit Jahren zu einer terroristischen
Diktatur geeinigt und ganz ähnliche Zustände geschaffen, wie in dem
Wahlkreise unseres Herrn von Stamm. Auch für die beste Organi-
sation wäre ein Sieg unter solchen Verhältnissen kaum möglich
gewesen. Gerade in diesen zwei Wahlkreisen war auch
die Organisation gut — während sie an anderen Orten aller-
dings vieles zu wünschen übrig ließ. Jaurès meldete seine Nieder-
lage der „Revue Républicaine“ mit folgenden Worten: „Ich bin mit
großer Mehrheit geschlagen, unter der Gewalt der Arbeitgeber ist die
Verdämmerung zusammengedrückt. Es lebe die soziale Republik!“ Außer
Guesde und Jaurès ist auch Deville gefallen — neben
Guesde theoretisch und prinzipiell der tüchtigste Vertreter des
Sozialismus in Frankreich — und Baillan; als Taktiker und
Politiker Jaurès ebenbürtig, befindet sich „in ungünstiger Stich-
wahl“.

Die Zahl der Mandate, die wir erhielten, beträgt nach den
letzten Wolff'schen Telegrammen 41, das wäre ein Gewinn von zwei
Mandaten gegen die vorige Wahl. Dazu sind sehr zahlreiche
unserer Kandidaten in der Stichwahl. Jene Zahl ist aber noch nicht
als sicher anzunehmen; nach einem Telegramm der „Voss. Ztg.“
hätten die Sozialisten bisher erst 24 Mandate.

Sicher aber scheint festzustellen, daß unsere Partei einen er-
heblichen Stimmengewinn zu verzeichnen hat. Und
dies ist das Wichtigste für unsere Partei. So
bedauerlich der Verlust einiger führenden Kräfte sein mag —
einen solchen Verlust gab es übrigens auch 1893 —, so ist
das Wachstum der Partei selbst doch weit bedeutender. Ziffern-
mäßige Belege fehlen noch aus.

Sehen wir von unserer Partei ab, so scheint das Wahlergebnis
im allgemeinen an der bisherigen Zusammensetzung der Kammer
nicht viel zu ändern. Die Regierung erhält ihre bisherige kom-
plexe Majorität wieder; aber ihre Anhänger haben vielfach einen Stich
ins Boulangeristische, Antisemitische, Militaristische. Auch die aus-
gesprochenen Antisemiten haben, infolge der Dreyfus-Esterhazy-Pola-
mären, einige Mandate erhalten. Drumont ist in Algier gewählt.
Diese Leute werden eine — der deutschen Schwaberei ähnelnde —
Demagogie in die französische Kammer einführen.

Nach den Meldungen des „Wolff'schen Bureau“ ist bis Montag
vormittag 1/11 Uhr das Ergebnis von 508 Wahlen bekannt;
581 Wahlkreise sind zu vergeben. Gewählt sind danach 198 Republikaner,
104 Radikale, 41 Sozialisten, 47 Monarchisten; Stichwahlen haben
181 stattgefunden. Die Republikaner gewinnen 22 Siege und ver-
lieren deren 16, die Radikalen gewinnen 8 und büßen dagegen 11
ein; die Sozialisten haben 6 Mandate gewonnen und 4 verloren,
die Monarchisten einen Gewinn von 4 Sitzen gegen einen Verlust
von 3.

In Paris sind, wie uns ein Privattelegramm meldet,
folgende sieben Sozialisten gewählt: Coutant, Dejeante, Grouffier,
Pichal, Grouffier, Milletand, Rouanet, Riviani. In mehreren Kreisen
sind unsere Genossen noch in günstigen Stichwahlen. Jaurès
dürfte sicherlich zur Stichwahl in einem anderen Kreise aufgestellt
werden, was nach dem französischen Wahlgesetz möglich ist.

Somit sind heute noch folgende Thatfachen hervorzuheben. Ge-
wählt sind von bekannten Persönlichkeiten: Meline, Barthou, Ribot,
Dupuy, Rouvier, Brisson, Cabaignac, Bourgeois, Poincaré, Des-
chanel, Pelletier, de Mun. Von Rochefort's Kandidaten sind
zwei gewählt, die meisten durchgefallen, unter ihnen Verboort, der
Schwager Rochefort's und Redakteur des „Esterhazy-Blattes“ „Jour“.

Wahlkampf.

Die Gefährdung des Reichstags-Wahlrechts.

Die bekannnten Mittheilungen des Abg. Müller-Pulba über einen
bereits fertiggestellten Gesegentwurf zur Abänderung des Reichs-
tags-Wahlrechts sind bisher noch nicht von kompetenter Stelle
besprochen worden. Die privaten Äußerungen der „Verl. Pol. Nachr.“
haben nicht die geringste Bedeutung.

Der Zentrums-Abgeordnete Müller ist nicht bekannt als ein
Mann, der leichtfertig müßige Gerüchte ausbreitet. Die allgemeinen
politischen Umstände, in denen wir leben, geben zudem seinen Mit-
theilungen das Gepräge vollster Glaubwürdigkeit.

Es darf also als Thatfache angesehen werden, daß die Be-
strebungen auf Verschlechterung des Wahlrechts für den Reichstag auch

Ist es da zu verwundern, daß im italienischen Volke
der Gedanke zu reifen beginnt, sich ihrer nationalen Vordränger
zu entledigen, wie sich die Väter von der Fremdherrschaft zu
befreien wußten!

So erklärt es sich, daß in Mailand, veranlaßt durch einen
der im sonnigen Italien so überaus häufigen polizeilichen
Uebergriffe, ein ernsthafter revolutionärer Putz ausbrach.

Zur Ergänzung unserer Mittheilungen in der Sonntags-
nummer theilen wir die gestern und heute eingetroffenen
Depeschen aus Mailand mit:

Die Stadt schien Sonntag Vormittag ruhig zu sein. Es lief
jedoch das Gerücht um, daß sich längs der Eisenbahnhöfen bis
auf einige Kilometer vom Bahnhof entfernt, Meuterer festgesetzt
hätten, welche auch bereits einen von Alexandria kommenden Zug
gezwungen hätten, zurückzugeben. Man glaubt, daß derselbe
Soldaten, welche einberufen worden, transportirte. An der Porta
Licinese versuchten die Aufreiter Vorladungen zu errichten, zertrünten
sie jedoch sofort, als Militär anlangte. Andere Vorladungen wurden
später unter großen Ansammlungen von Menschen in der Via Bertani
und abermals an der Porta Licinese errichtet, bei deren Befestigung
das Militär von den Waffen Gebrauch machen mußte. Auch an der
Porta Garibaldi bildete sich ein harter Volksauflauf, der zerstreut
wurde. Die ganze Sachlage deutet darauf hin, daß die Be-
wegung andauert, aber nicht mehr so stark ist. Ein Lieutenant der
Verlagerei wurde durch einen Stein verwundet; auch mehrere Solda-
ten erhielten Verletzungen. An einigen Stellen wurde der Betrieb
der Sekundär- und Straßenbahnen unterbrochen. Zur Sicherung des
Verkehrs derzüge sind Anordnungen getroffen. Die Behörde
ordnete die Auflösung der sozialistischen und republikanischen
Klubs an.

Durch den Streik der Drucker konnte die Proklamation des
Belagerungszustandes erst in der Nacht auf den Sonntag durch An-
schlag zur öffentlichen Kenntniß gebracht werden. Der Abend und
die Nacht verliefen ohne ernsthafte Zwischenfälle; nur an der Porta
Venezia und an der Porta Vittoria, wo mehrere Wagen der Straßen-
bahn in Brand gesetzt wurden, kam es zu Zusammenstößen. Ein
großer Theil der Stadt blieb im Dunkel infolge der Beschädigungen
der elektrischen Leitungen. Der Bahnhof ist stark besetzt. General
Bada, der Präfect und der Bürgermeister veröffentlichten Proklama-
tionen, worin sie zur Ruhe auffordern. Zahlreiche Truppen-
verstärkungen treffen fortwährend ein. Zur schnellen und voll-
ständigen Wiederherstellung der Ordnung sind die strengsten An-
ordnungen getroffen.

General Bada telegraphirte Montag früh 7 1/2 Uhr aus
Mailand:

Ich theile mit, daß abgesehen von den bereits gemeldeten Nach-
richten aus Mailand im Bereich des hiesigen Korpskommandos der
gestrige Tag überall ruhig verlief. Nur in Brescia und Lodi kam
es zu unbedeutenden Kundgebungen, welche sofort, ohne daß irgend
welche Ausschreitungen vorgekommen, unterdrückt wurden.

Der General telegraphirte vormittags 8 1/2 Uhr aus Mail-
land an den Ministerpräsidenten di Rudini:

Ich ordnete heute Vormittag an, daß die industriellen Werk-
stätten im Innern der Stadt wieder eröffnet würden und genehmigte
die Eröffnung einiger Etablissements in den Vorstädten. Die Nacht
verlief vollständig ruhig.

Aus Lugano, der schweizerischen Grenzstadt, wird tele-
graphirt:

Nach hier eingetroffenen Berichten über die heutigen Unruhen
in Mailand befindet sich unter den Getödteten auch ein Kavallerie-
hauptmann. An den Stadtthoren Mailands halten Truppen die Land-
leute und Arbeiter der Umgegend zurück, damit die Schaar der Auf-
reiter nicht vergrößert wird. Viele Fremde verlassen die Stadt.
Die Stationschefs der Bahnlinie Chiasso-Mailand haben keine Fahr-
karten nach Mailand ausgeben und garantiren nicht für die Auf-
rechterhaltung des Bahnverkehrs mit Mailand am morgigen Tage.

In Monza, der königlichen Sommerresidenz, kam es am
Sonnabend zu Demonstrationen, welche bezweckten, die Ab-
reise der zu den Waffen einberufenen Referendari zu ver-
hindern. Die Truppen schritten ein. Drei der Aufreiter
wurden getödtet, 15 verwundet. Auch ein Offizier wurde ver-
wundet.

Wenn man den offiziellen Berichten trauen darf, haben
die Kleinkalibrigen, nachdem 200 Bürgerleute auf den Straßen
lagen, den Luftstand erstickt. Aber der Haß und die Ver-
zweiflung werden angefaßt werden, die Flüche gegen die
herrschende Ordnung werden nicht verstummen. Die Niederlage
wird nicht verschönen, sondern die Erkenntniß reifen lassen,

Bei der Regierung sich bereits zur Ausarbeitung gesetzlicher Vorarbeiten zu jenem Zwecke vermindert haben.

Der Kampf für das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht bildet schon so eine Hauptparole der Wahlbewegung. Jetzt sind auch die Vertrauensvollsten gewarnt. Jetzt muß jeder sehen, wie außerordentliches auf dem Spiele steht!

Zur Aufstellung der Wählerlisten.

Die Anzahl derjenigen in Berlin wohnhaften Reichstagswähler, welche, wie wir wiederholt dargelegt haben, zu unrecht seit 1881 in Berlin statt in Teltow-Beeslow beziehentlich Niederbarnim ihr Stimmrecht ausgeübt haben, ist nicht gering. Von der dem Gesetz entsprechenden anderen Abgrenzung der Wahlbezirke, die nimmer in die Wege geleitet ist, werden der 1., 2. und 4. Wahlkreis Berlins, sowie der Teltower und Niederbarnimer Kreis betroffen. Der Teltower Kreis erhält einen Zuwachs von nur 25—100 Wählern. Es hat nämlich foran aus dem ersten Wahlkreis ein Teil der Stadtbezirke 283 und 284 (Schloß Veltow und der größte Teil des wenig bewohnten Thiergartens) und aus dem zweiten Wahlkreis ein großer, aber gleichfalls wenig bevölkerter Teil des 24. und 25. Stadtbezirks (Zoologischer Garten, Hippodrom, Schleusenbrücke, Thiergarten-Allee und Seepark) in Teltow sein Wahlrecht auszuüben. Von weit größerer Erheblichkeit ist der Zuwachs, den der Niederbarnimer Kreis durch Fortnahme eines Teils des vierten Wahlkreises erhält. Dieser Teil umfaßt die Stadtbezirke 181a, 181b, die Hälfte des Stadtbezirks 180a und fast voll die Stadtbezirke 180b und 180c. In diesem Komplex wohnen etwa 13 000 Einwohner, also wohl 2500 bis 3000 Wahlberechtigte. Im wesentlichen werden folgende Straßen hiervon betroffen: Frankfurter Allee bis Nr. 64, ein Teil der Petersburgerstraße, ein Teil des Valtenplatzes, der Thierstraße und des Weidenwegs, die Eldenaerstraße, Dolziger-, Mischbach-, Schreiner-, Jelle-, Liebig-, Nigauer-, Proskauer-, Samariterstraße, Straßen 66, 66a, 67, 67a, Jordanenplatz, Samariter-Strichplatz und der Zentral-Viehhof. Die falsche Zuteilung dieses großen Bezirks konnte leicht In-angeltigkeitserklärungen der Wahl zur Folge haben und würde überdies einen nicht unerheblichen Negativ wegen der Kosten seitens der Gemeinden gegen die Wahlkommissionen begründen. Es wird nimmer seitens der in betracht kommenden Behörden mit Beschleunigung die Verichtigung der Wahlbezirke betrieben werden. Die Wahlkommissionen dürften dennoch ihre besondere Aufmerksamkeit darauf zu richten haben, ob die Wählerlisten, welche vom 18. Mai ab öffentlich auszuliegen sind, zutreffend geführt sind.

Nur immer langsam voran...

Aus Regierend wird geschrieben: Dem Genossen Paul Seige in Pölnitz ging auf seine Beschwerde, betreffend die Flugblatt-Versehnung, folgendes Schriftstück zu:

Pölnitz, den 29. April 1898.

Auf die Eingabe vom gestrigen Tage, betreffend Verletzung von Flugblättern, erwidern wir Ihnen ergebenst, daß der Polizeidiener Bräuner durch Verletzung der Flugblätter sich einer Pflichtverletzung nicht schuldig gemacht habe, da der Allerhöchste Befehl vom 22. d. M., betreffend Festlegung des Wahltermins, hierorts noch nicht publiziert und bekannt war.

Die Wahlflugblätter hat der königl. Gendarmen-Oberwachmeister Altmann, in dessen Auftrag der Polizeidiener Bräuner handelte, an sich genommen.

Die Polizei-Verwaltung.

Strachenbruch.

Am 22. April wurden die Reichstagswahlen ausgeschrieben und am 27. April weiß die Behörde in Regierend noch nichts davon. Es wäre doch noch weit praktischer, wenn die Polizeibehörde von Regierend Anweisungen, die ihr den Wahltermin mitteilen, zufällig überläßt und bis zum 16. Juni liegen läßt. Dann ist bis zum Wahltag nichts „publiziert und bekannt“ und alle Flugblätter und Stimmzettel zc. können lustig beschlagnahmt werden.

Einsatz in die Pfalz.

Wie bereits gemeldet, hat es seinerzeit eine Konferenz der nationalliberalen Partei in der Pfalz abgesehen, sich dem Bund der Landwirthe bedingungslos zu unterwerfen. Man pochte auf den alten Besitzstand und zeigte sich hier etwas widerwilliger gegen den Bund, als es in anderen Kreisen geschah. Von der Drohung, in den nationalliberalen Besitzstand einzugreifen, ist jetzt der Bund der Landwirthe zur That übergegangen und hat nun auch im Wahlkreis Kaiserslautern-Kirchheimbolanden in Herrn Dr. Köhde eine eigene Kandidatur aufgestellt. — Die Sammelpolitik wird für die Nationalliberalen immer ungünstlicher. Für sie heißt es nur noch geduldig die Prügel einstecken, die die Junker ihnen gnädigst verabreichen.

Im Bündler-Joch.

Die armen Nationalliberalen. Entweder müssen sie auf die Bündler-Forderungen schwören oder ihre Kandidaten werden als unwürdig zurückgewiesen. Hier und da nur wagen sie es, noch wie früher selbständiges Leben von sich zu geben. So haben sie denn Dr. Diederich Hahn, dem bündlerischen Hauptmann, in 10 hannoverschen Kreise eine eigene Kandidatur entgegengeleitet, die von den Herrn der freisinnigen Vereinigung unterjocht werden soll. Doch gegen des Hahns kräftigen Kränzen wird der Niegelbesitzer Reichs-Hameln nichts ausrichten können. Dr. Hahn ist Hahn im sturbe bei den Bauern.

Landwehr-Übungen.

Die „Deutsche Tageszeitung“ protestiert ebenfalls gegen die Einziehung von Landwehrlenten zum Wahltag. Sie hält es für selbstverständlich, daß diese Übungen aufgehoben oder hinausgeschoben werden. „Die Fernhaltung unserer Landwehrlenten von den Wahlen würde höchst ungünstig wirken... Es würde wesentlich zur Verhinderung beitragen, wenn das Reichsministerium sich entschließen wollte, entsprechende Bekannmachungen zu erlassen.“

Es wird nötig sein, daß der nächste Reichstag Fürsorge gegen die Möglichkeit der Einziehung von Reservisten und Landwehrlenten zur Zeit der Reichstagswahl trifft.

Von der Agitation.

Im Kreise Ober-Barnim haben in den letzten Tagen mehrere Wählerversammlungen stattgefunden, die nach ihrem Verlauf zu den besten Hoffnungen für unsere Partei berechtigten. In Strausberg sprach am Sonnabend August Weber unter größtem Beifall. Nach Viesenthal hatten am Sonntag die freisinnigen eine Wählerversammlung einberufen, die von etwa 400 Personen besucht war. Unsere Genossen, denen ein Versammlungslokal in jenem Ort nicht zur Verfügung steht, waren zahlreich erschienen. Aber auch der Bund der Landwirthe hatte alles aufgeboten, seine Gefolgschaft zusammen zu bringen und die Bauern der Umgegend waren in großer Zahl dem Lufe gefolgt. Es gab daher oft lebhafteste Auseinandersetzungen. Die freisinnigen Redner wandten sich fast ausschließlich gegen die Agrarier. Von sozialdemokratischer Seite sprach Pöschel in Berlin unter dem Beifall eines großen Theils der Versammlung gegen die freisinnige Partei.

In der vergangenen Woche haben die Hamburger Parteigenossen die Agitation zur Reichstagswahl aufgenommen. In verschiedenen Distrikten des dritten Wahlkreises sprach der Kandidat, der bisherige Abgeordnete W. Metzger, vor stets überfüllten Volksversammlungen. Außer dem für alle drei Wahlkreise als Pöhlkandidaten aufgestellten Antifemiten Raab haben die Ordnungsparteien noch keine Kandidaten nominirt. Es werden sich auch schwer finden lassen, denn es dürften allen „die Trauben zu sauer“ sein. — Die Parteigenossen des benachbarten Wahlkreises Altona-Stormarn haben am Sonntag das schöne Wetter benutzt, den Kreis mit Flugblättern zu belegen.

In Kastei ist unseren Parteigenossen die Abschrift der Wählerlisten verweigert worden, dagegen sind ihnen einige große Schulhäuser zu Versammlungszwecken zur Verfügung gestellt.

In Dresden wurde die direkte Wahlaktion am Sonntag mit der Austragung des ersten Wahlflugblattes eingeleitet.

Im achten sächsischen Kreise (Pirna-Sebnitz) geben die Genossen statt der Flugblätter eine dreimal erscheinende Wahlzeitung heraus.

Die Annahme der Marinevorlage und die Zentrumspartei in Schlesien.

Die schlesischen Zentrumspartei scheinen sich an der Marinevorlage doch arg den Magen verdorben zu haben. Nach Stephan und Radwanski ist nun auch Radbühl (Frankenstein-Münsterberg) parlamentarische geworden. Als vierter kommt zu ihnen Warrner Wolb (Oppeln), der ebenfalls keine Lust hat, sich wieder als Reichstagskandidat aufstellen zu lassen. Wenn Wolb auf seiner Weigerung beharrt, so wird es im Wahlkreise Oppeln zu ersten Konflikt zwischen polnischen und deutschen Zentrumsanhängern kommen. Eine jetzt dort stattgehabte Versammlung, die von 18 (!) Personen besucht war, kam trotz der geringen Zahl der Besucher zu keiner Einigung; die Entscheidung über die Kandidatur wurde vertagt.

Reichstags-Kandidaturen.

Aufgestellt wurden in Thorn-Kulm von den Polen v. Gzaruski, in Küst-Meuberg von den Konservativen Graf Courtales; in Meseritz von den Polen Fürst Radziwill; in Osterode-Meiburg vom Bund der Landwirthe und den Konservativen Gutbesitzer v. Weigel; in Reiffe vom Bund der Landwirthe Gutbesitzer Peter; im zweiten Weiminger Kreis vom Bund der Landwirthe Dr. Krendt; in Merseburg von den Freisinnigen Landtags-Abgeordneter Neubarth; in Hameln von den Freisinnigen Konsul Schläger; im 6. medienburgischen Wahlkreis von den Konservativen dem und Bund der Landwirthe Gutbesitzer v. Treuenfels; im 10. hannoverschen Wahlkreis von den Freisinnigen Rektor Kopsch; in Ludwigs-hafen-Speyer vom Bund der Landwirthe Pfarrer Meistersheimer; in H ö h s t - l i n g e n vom Zentrum Landtags-Abgeordneter Pech; im ersten badischen Kreise vom Zentrum Aug; im 8. badischen Kreise vom Zentrum Bender; in Ehingen-Lauterbach vom Zentrum Grober; in Kronach von den Freisinnigen Lehrer Sandner.

Die Nationalliberalen haben in 98 Wahlkreisen meist mit Unterstützung des Bundes der Landwirthe Kandidaten aufgestellt. In 16 weiteren Kreisen steht die Aufstellung eines Kandidaten unmittelbar bevor.

In Glogau will die freisinnige Volkspartei gegen den Kandidaten der freisinnigen Vereinigung, Herr Maager, eine eigene Kandidatur ernennen.

Der nationalliberale Kandidat im vierten hannoverschen Reichstags-Wahlkreise, Abg. Schaffner, hat sich geweigert, schriftlich eine Verpflichtung einzugehen, das Programm des Bundes einzuhalten; darauf erklärte der Bund der Landwirthe, daß er Herrn Schaffner nicht unterstützen, sondern belächeln wird, ganz gleich, was daraus entspringt!

In Schwarzburg-Sondershausen werden die Nationalliberalen, soweit sie mit der agrarisch-nationalliberalen Kandidatur des Oberamtmanns Börner unzufrieden sind, für den Kandidaten der Freisinnigen Vereinigung, Herrn Brömel, stimmen.

Politische Anekdote.

Berlin, den 9. Mai.

Das preussische Abgeordnetenhaus nahm heute in zweiter Lesung den Gesetzentwurf betreffend die Bewilligung weiterer Staatsmittel für den Bau von Arbeiterwohnungen nach unerheblicher Debatte un verändert an und setzte sodann die Verathung des Pfarrerbefolgungs-Gesetzes fort. Aus der Debatte ist nur die Anregung des Abg. Frhr. v. Jedlich (H.) bemerkenswerth, einen Fonds von einer Million zur Verfügung zu stellen, um in besonders dringenden Nothfällen einmalige Zulagen für das laufende Jahr zu gewähren bis höchstens zu der Höhe, die das Gesetz vorsieht. Nachdem sich jedoch sowohl der Minister als auch die Führer der anderen Parteien dagegen ausgesprochen hatten, sah der Abg. v. Jedlich von der weiteren Verfolgung dieser Anregung ab. Das Gesetz wurde in der Kommissionsfassung angenommen, ebenso die von der Kommission beantragte Resolution, worin die Erwartung ausgesprochen wird, daß die über die Vorschläge der Regierung hinaus bewilligte Summe von 450 000 M. zur Erhöhung der Mindestgehälter, soweit dies erforderlich, dienen werde.

Morgen: Zweite Lesung der Sekundärbahn-Vorlage und dritte Lesung der Pfarrerbefolgungs-Gesetze.

Ueber die Wirkung der Kornzölle philosophirt und phantastirt der Pariser Korrespondent der „Kreuzzeitung“. In einem Briefe vom vorigen Freitag schreibt er aus Paris:

Die Sozialisten triumphierten: sie haben die Regierung zur Aufhebung der Kornzölle gezwungen! Die Folge dieser Maßregel ist natürlich gewesen, daß zwar die Getreide- und Weizenpreise auf dem französischen Markt gesunken, aber auf dem ausländischen, auf dem von New-York und Chicago gestiegen sind. Wüthig war es der französische Regierung, der auf den auswärtigen Getreidepreis einen mächtigen Einfluß ausübte. Ist das nicht ein neuer Beweis für den hohen Werth des Schutzzolls?

Der Pariser Korrespondent der „Kreuzzeitung“ steht auf einem weit höheren Bildungs- und Verstandesniveau, als das gewöhnliche Junkerthum. Und doch, welche fabelhafte Beschränktheit und Unwissenheit bekundet er in diesen wenigen Zeilen.

Ein „hoher Werth des Schutzzolls“ soll es sein, daß die Erhöhung der Getreide-Einfuhr in Frankreich die Getreidepreise in Amerika niedrigerhalten hat! Aber ist es nicht umgekehrt der drastische Beweis für die Verwerflichkeit des Kornzolls, daß er das Volk, über welches er verhängt worden ist, zu der Lantalusqual verurtheilt, hungern zu müssen, während in einem anderen Lande Ueberfluß ist. Daß in einem Lande, welches mehr Korn hat als braucht, die Kornpreise sinken müssen, wenn durch Schutz eines andern Staats die Ausfuhr gehindert wird, ist ebenso selbstverständlich, als daß sie steigen müssen, wenn jene künstliche Schranken beseitigt werden. Das ist aber kein Vortheil („hoher Werth“) des Kornzolls, sondern wie gesagt, das denkbar schärfste Argument zu seiner Verurtheilung.

Genug, der zeitweiligen Aufhebung des Kornzolls in Frankreich ist ein sofortiger Fall der Brotpreise gefolgt, und der Weigerung der deutschen Regierung, das Beispiel der französischen Regierung nachzuahmen, ist ein Steigen der Kornpreise um 10 Mark auf dem Fuße gefolgt!

Das spricht Bände. Hoffentlich sorgen die deutschen Wähler nun am 16. Juni dafür, daß den Großkornwucherern und ihren Patronen und Helfershelfern das Handwerk für immer gelegt wird.

Die neueste Lebensmittel-Tabelle der „Statist. Corr.“ belegt ziffernmäßig, wie enorm die Preissteigerung des Getreides in letzter Zeit war:

Der Weizen kostete im Durchschnitt aller Marktorke für 1000 Kg. 204 M. gegen 187 im März 1898 und 154 im April 1897; er ist also gegen den Vormonat um 17 und seit einem Jahr um 50 M. gestiegen. Seit dem Juni 1892 hat der Weizen einen derartig hohen Preis nicht gehabt. Die Steigerung gegen den Vormonat

war am beträchtlichsten in Hannover mit 24 und Danzig mit 29 M., am geringsten in Götting mit 8 M. Den höchsten Preis hatte der Weizen in Hanau mit 222, den niedrigsten in Dresden mit 170 M. Der Roggen ist im Durchschnitt von 139 auf 149 M. gestiegen. Danzig hatte mit 16 M. die größte, Kassel mit 4 M. die geringste Preissteigerung. Den niedrigsten Preis hatte der Roggen in Götting mit 126 M., den höchsten in Hanau mit 160 M. Der Durchschnittspreis der Gerste ist von 151 auf 169 M. gestiegen. Der Haferpreis zeigt ebenfalls eine Steigerung um 8 M., indem er von 148 auf 156 M. gegangen ist. Auch der Kartoffelpreis ist im starken Steigen begriffen. Der Durchschnittspreis ist von 51,1 auf 54,0 M. gegangen. Das Rindfleisch ist im Großhandel von 1040 M. 1047 M. gestiegen, im Kleinhandel hat es ebenso wie auch das Kalbfleisch seinen Preis nicht verändert. Das Schweinefleisch ist um 1 Pf. für das Kilo billiger, das Hammelfleisch um 1 Pf. theurer geworden. Stark angezogen haben an allen Orten, außer Baderborn und Koblenz, die Weizenpreise. Das Weizenmehl ist von 33 auf 37, das Roggenmehl von 26 auf 29 Pf. gestiegen. In Stuttgart ist das Weizenmehl gegen den Vormonat um 25 pCt. in Straßburg sogar um 33,3 pCt. theurer geworden. Ein Vergleich der Preise mit denen des April v. J. ergibt, daß im Laufe des letzten Jahres billiger geworden sind: das Heu um 6,8 pCt., Stroh um 6,1, Hüfütter um 1,3 und Finken um 0,9 pCt. Alle übrigen wichtigsten Lebensmittel zeigen eine Preissteigerung, und zwar Speisebohnen um 0,4 pCt., Rindfleisch im Kleinhandel um 0,7, im Großhandel um 1,2, Eier um 3,1, Kalb- und Hammelfleisch um 3,3, Schweinefleisch um 5,3, Erbsen um 7,8, Schweinefleisch um 7,9, geräucherter Speck um 8,9, Ehlartoffeln um 11,6, Hafer um 21,8, Roggenmehl um 26,1, Gerste um 26,2, Weizenmehl um 27,6, Roggen um 27,8 und Weizen um 32,5 v. J.

Zu gleicher Zeit ist übrigens auch im „Reichs-Anz.“ die Zusammenstellung der Berichte von deutschen Fruchtmärkten für den April d. J. erschienen. Danach betrug der Durchschnittspreis für verkauften Weizen bei einer Verkaufsmenge von nur 42 029 dz 20,90 M. für den dz gegen 19,50 im Vormonat, für Roggen (45 830 dz) 15,23 gegen 14,45 M., für Gerste (17 185 dz) 16,52 gegen 16,14 M. und für Hafer (62 354 dz) 16,17 gegen 15,30 M. Der Weizenpreis ist nach dieser Statistik für die Tonne um 5,0 M., der Roggenpreis um 8,8 M., der Gerstenpreis um 6,2 M. und der Haferpreis um 5,7 M. höher als nach der preussischen Marktstatistik, die allerdings um die Mitte des Monats erhoben ist.

Aus Pr.-Stargard wird von der „Nat.-Ztg.“ gemeldet: Infolge der in letzter Zeit bedeutend gestiegenen Preise der Lebensmittel hat Weigeordnete, Fabrikbesitzer Goldschmidt, die Löhne seiner Arbeiter um 20 pCt. erhöht.

Die ungarische Regierung weigert sich, auf das Verlangen der österreichischen Regierung wegen Aufhebung der Getreidezölle einzugehen. Sie hält es als bevährte Vertreterin der Großgrundbesitzer-Interessen weder für begründet noch für zweckmäßig. Die Begründung enthält lediglich Argumente zu Gunsten der Großgrundbesitzer.

Die Befürchtung, daß die Preise der neuen Ernte durch eine provisorische Deffnung der Grenze einen Abbruch erfahren könnten, spielt in der Motivierung die Hauptrolle, und die ungarische Regierung erklärt ganz offen, daß sie den Landwirthen, welche jahrelang unter schlechten Preisen gelitten haben, nicht den hohen Nutzen, welchen die gegenwärtige Konjunktur bietet, verflümmern wolle. Die Argumente sind jedoch vollkommen hin-fällig. Für die Preisgestaltung im Herbst wird die Lage der Weltmärkte, welche sich jetzt noch garricht abzeichnen läßt, maßgebend sein, und das eine auf ein bestimmtes Quantum beschränkte, temporär eng begrenzte Zulassung der zollfreien Einfuhr einen Einfluß auf Monate hinaus üben könnte, erscheint als gänzlich ausgeschlossen.

Ueber die Lage in der Schweiz schreibt die „Zürcher Post“:

Die Preissteigerung ist eine beispiellose. An der Zürcher Getreidebörse von gestern (Freitag) notirte erste Qualität russischer Weizen (Weserabien) bereits 84 Fr., wiederum 3/4 Fr. höher als vor acht Tagen, und amerikanische Sorten stiegen ebenfalls von 29,50 Fr. auf 32 Fr. Noch weit stärker aber tritt die Steigerung der Weizenpreise zu Tage; Halbweizenmehl wurde am Freitag schon mit 53 Fr. bezahlt, volle 5 Fr. theurer als vor acht Tagen. Das sind ganz exorbitante Schwankungen, wie sie sonst nur Zeiten einer eigentlichen Hungersnoth zu erzeugen vermögen.

Und in Wirklichkeit ist es auch nichts anderes als eine Hungersnoth, unter der Europa leidet. Es sieht nun absolut fest, daß das importbedürftige Europa, das im letzten Jahre wenig erntete, förmlich „ausgehungert“ ist. Niemand hatte ein Interesse daran, bei so hohen Getreidepreisen große Vorräthe anzulegen, man begnügte sich mit den allernothdürftigsten Anschaffungen. So sind nun allerwärts die Speicher leer; man lebte in den letzten Wochen von der Hand in den Mund, und man tröstete sich mit dem Gedanken, daß vielleicht doch die amerikanischen Lager, auf die Europa zur Zeit fast ausschließlich sich angewiesen sieht — Odeffa, der Hauptstapelplatz der russischen Kornlammer, verfügt zur Zeit nur über 2 885 000 Kub Eub gegen 12 120 000 Kub zu derselben Zeit des Vorjahres, und 18 300 000 Kub im Jahre 1896, ver-sagt also den Dienst fast völlig —, über die letzten kritischen Wochen der Brotversorgung doch hinweghelfen dürften.

Eine weitere Maßregel der französischen Regierung ist die Herabsetzung der Weizenzölle.

Aus Spanien meldet die „Köln. Ztg.“: Fortdauernde Aufregung herrscht im ganzen Lande wegen der Theuerung der Lebensmittel. An vielen Orten sind die Häuser, in denen sich die Verzehrereinsteller befanden, angezündet worden, wobei in Alcalá, Provinz Sevilla, eine Frau verbrannte.

Aus Valencia und Barcelona wird gemeldet, daß gestern bereits mehrere Schiffe, die mit Getreide für Marseille beladen waren, ihre Ladung infolge des Ausfuhrverbotes löschen mußten. — Der russischen Telegraphen-Agentur wird von authentischer Seite das Gerücht von dem Tode eines russischen Getreide-ausfuhrverbots als ganz unbegründet und aus der Luft gegriffen bezeichnet. —

Deutsches Reich.

Ueber die Eisenbahntarif-Reform äherte sich in der

Vadischen Zweiten Kammer Minister v. Brauer folgendermaßen:

„In absehbarer Zeit sei eine allgemeine Tarifreform zu erwarten. In Berlin habe vor acht Tagen die erste konstituierende Versammlung stattgefunden. Die Regierung sei zu der Ueberzeugung gelangt, daß die Günstigkeit unserer Tarife niemandem zur Freude gereiche und eine Belastung für die Verwaltung bilde. Bei Befestigung der Schwereleistungen müsse man aber auch darauf gefaßt sein, daß verschiedene partikularrechtliche Besonderheiten der Tarif-einheit zum Lyster fallen, wenn sie auch noch so verachtlich seien. Ob die verbündeten Regierungen in der Verbilligung der Tarife soweit heruntergehen werden, wie jetzt in Baden bei den Kilometertarifen, möchte er bezweifeln, jedenfalls aber nicht unter diese Tarife. Die Hauptsache sei die Einheit, die mit der Zeit auch zur weiteren Herabsetzung der Tarife führen werde.“

Die San José-Schildlaus möchten die Agrarier gerne zu einem völligen Verbot der Obsteinfuhr aus Amerika ausweisen, sie scheuen dabei vor der Ausstreitung falscher Gerüchte nicht zurück. Nun wird der „Welt. Corr.“ gemeldet:

Zur Richtigstellung verschiedener Meldungen wird bemerkt, daß in einer Sendung amerikanischer Äpfelabfälle nicht die San José-Schildlaus, wohl aber andere Schildläuse aufgefunden worden sind, von denen ein Thier und ein Ei noch lebend waren. Also vorläufig kann die chinesische Mauer gegen amerikanische Äpfel noch nicht errichtet werden. —

Einem Boykottaufruf erlassen werden die Agrarier, die sonst bei jedem Boykott seitens der Arbeiter über Terrorismus und womöglich nach dem Staatsanwalt scheinen. Die Bezugsvereinigung der deutschen Landwirthe, die nach ihrer eigenen Angabe „alle großen landwirtschaftlichen und gewerkschaftlichen Körperschaften in Deutschland umfasst“, hat sich mit dem Verein deutsch-österreichischer Thomasposphat-Fabriken über die Bezugsbedingungen für dieses wichtige Düngemittel nicht einigen können. Man hatte sich zwar über die Grundzüge eines neuen Lieferungsvertrages vorläufig verständigt, die Düngemittelgläubigen glaubten jedoch bei dem Steigen der Getreidepreise bessere Bedingungen herauszufechten zu können; sie haben daher den Vertrag abgelehnt. Darauf ergeht durch die agrarische Bezugsvereinigung an alle Landwirthe folgender Appell:

Kürzere ist es die Pflicht aller deutschen Landwirthe, zu zeigen, daß sie gewillt sind im Stande zu sein, ihre eigenen Interessen gegenüber solchen ungewöhnlichen Gebahren zu wahren. Dies geschieht am wirksamsten dadurch, daß sich alle Landwirthe, große und kleine, des Bezugs von Thomasmehl so lange enthalten, bis die Sachlage für die deutsche Landwirtschaft wieder eine günstigere geworden ist. Nur auf diesem Wege kann es gelingen, die Macht unserer Gegner einzuschränken und einer rücksichtslosen Ausnutzung derselben mit Erfolg zu begegnen. Denn nicht die Thomasposphat-Fabriken, sondern die deutschen Landwirthe sind es, die das Thomasmehl verwenden und in Brot umsetzen. Wir halten es für eine Ehrenpflicht aller deutschen Landwirthe, uns in diesen Bestreben mit aller Kraft zu unterstützen. Darum, deutsche Landwirthe, laßt jetzt kein Thomasmehl!

Wenn die Kandidaten des Bundes der Landwirthe während der Wahl über die Brauerboykotts der Arbeiter zeteren, wird man gut thun, ihnen ihr eigenes Vorgehen entgegen zu halten.

Dresden, 7. Mai. (Fig. Ver.) Die Vermögenssteuer ist in der ersten Kammer des Landtages, wie nicht anders zu erwarten, ebenfalls rundweg abgelehnt worden. Abgelehnt wurde aber auch ein Vorschlag der zweiten Kammer, nach welchem die Regierung, im Falle sich infolge des Scheiterns der Steuerreform Zuschläge zur Einkommensteuer notwendig machten, dieselben in der Weise erheben sollte, daß Einkommen von über 50 000 bis 100 000 M. 10 pCt. und Einkommen über 100 000 M. 20 pCt. Zuschlag zahlen sollten. Von den „tragfähigen“ Schultern spricht man schon gar nicht mehr. Der „arme Mann“ spielte zwar auch bei den Debatten in anbetender der bevorstehenden Wahlen eine Rolle; dennoch hat man aber die Pläne der schärfsten Reaktionsäre in diesem Börsing-Parlament mit einer geradezu herzerstehenden Weise und Offenheit enthüllt. Der weitere Ausbau des indirekten Steuersystems im Reiche ist das Ideal dieser Sorte von Volksvertretern, der Herren Sahrer von Sahr, des be-lamnten „Grüne-Jungen“-Fregge, Graf Keg und wie sie alle heißen. Die Regierungen der einzelnen Bundesstaaten müßten mit größerer Energie auf die Reichsregierung einwirken, um diese zur Weiterentwicklung des indirekten Steuersystems zu veranlassen. Am deutlichsten und rücksichtslosesten hat sich aber bei dieser Gelegenheit der „nach oben“ strebende Oberbürgermeister Weuller von Dresden ausgesprochen. Die indirekten Steuern sollten dazu dienen, die Einzelstaaten unabhängig vom Reiche zu machen, um auf dem Gebiet der indirekten Steuern Ruhe zu schaffen.

Kais. Baden, 6. Mai. (Fig. Ver.) Die Generaldebatte über das Budget des Eisenbahnbetriebes umfaßte 8 Sitzungstage. Sie stand unter dem Eindruck einer angenehmen Enttäuschung für Regierung und Volksvertretung: nach einem soeben dem Generaldirektor Hensler von der Betriebsverwaltung zugegangenen Bericht waren die Ergebnisse der Eisenbahnerverwaltung im Jahre 1897 sehr gute. Sie überstiegen noch die optimistischsten Vorschläge, die man dem zu beratenden Budget zu grunde legte. Statt ca. 50 Millionen laut Vorschlag beziffert sich die wirkliche Einnahme auf ca. 62 Millionen. Berücksichtigt man die ebenfalls erhöhten Ausgaben, so beträgt der Ueberschuß 23 Millionen, während nur 15 Millionen in der Vorschlagslage eingestellt waren. Der badische Eisenbahnminister v. Brauer, der Nachfolger des knauserigen und unentschlossenen Glatzer, ist ein Mann der That und des zeitgemäßen Fortschrittes, der für die Reformen kräftig in die Schatzkammer des Mutterlandes greift. Was Wunder, wenn er, noch durch das Glück der Verkehrsmanagen begünstigt, auf allen Seiten des Hauses freundliche Anerkennung findet. Im Namen der sozialdemokratischen Fraktion sprach der Abg. Wed die Zufriedenheit aus mit dem Eifer und dem richtigen Verständnis, welche seitens der badischen Regierung in neuester Zeit in der Gestaltung und Verwaltung des Verkehrswesens unter Berücksichtigung der modernsten Anforderungen zu Tage treten. Die Volksvertretung und die Steuerzahler trugen diese für Kulturzwecke bewilligten Mittel am leichtesten von allen Ausgaben. Die Regierung handle in dessen in der badischen Eisenbahnpolitik unter dem kategorischen Zwange der gesellschaftlichen Entwicklung und die Konkurrenz der Nachbarstaaten in Ost und West, Süd und Nord häufe für die nächste Zukunft die notwendigen Reformen ganz gewaltig. Seit Jahren nimmt die Privatkapitalisation im Eisenbahnbau der Regierung einen Teil ihrer Pflichten zur Erweiterung des badischen Eisenbahnnetzes ab; der Staat leistet zu den vielen, durch Privatgesellschaften neu erstandenen Sekundärbahnen bequeme seinen offiziellen Zuschuß.

Der Abg. Sed entwarf sodann zurückblickend ein Bild „zukunftsstaatlicher Entwicklung“ auf dem Gebiet des Eisenbahnwesens und zeigte, wie gegenwärtig, wo wir bei einer Eisenbahnschuld von 940 Millionen im neuen Extraordinarium für Erweiterung der Städtebahnhöfe etwa 70 Millionen zu bewilligen genöthigt sind, ganz radikale Umwälzungen vor sich gehen. Ganze Bahnhöfe verschwinden und machen neuen Verkehrsinstituten Platz, die Trennung des Personen- und Güterverkehrs in räumlich weit abgetrennten Gebieten finde allerorts Durchführung. In späterer Zeit würden wohl ganz besondere Wünsche auf der Bahnstrecke für den Güterverkehr allein reservirt oder gebaut werden. Redner eröffnet einen Blick in das 20. Jahrhundert, wo auch im Staatsbahnbetrieb an die Stelle des Dampfes die Elektrizität treten wird; wo wir mit Hilfe der reichlichen Wasserkräfte unseres Landes, von denen wir Besitz ergreifen müssen, einen zukunftsstaatlichen Betrieb einrichten werden. An der Hand der budgetmäßigen Zahlen entwarf Redner eine Skizze vom badischen Eisenbahnministerium als dem bedeutendsten „Arbeitgeber“ im Lande. 15 000 Personen, darunter auch Frauen, sind im Etat als Angestellte mit oder ohne Beamtencharakter bedacht. 20 Millionen etwa werden für Arbeitslöhne, Miettschuldungen, Ortszulagen zc. jährlich ausgegeben. Beachtet man die weitere Zahl von Handwebern, Lieferanten, Fuhrleuten zc., die alle indirekt vom Bahnbetrieb ihren ganzen Lebensunterhalt fristen, so kommen wir darauf, daß ein Zwanzigstel der badischen Bevölkerung im Eisenbahnbetrieb allein schon mit oder ohne Wissen bereits verstaatlicht ist. Redner zeigte dann, wie bedeutend die Zahl derjenigen anwächst, die sich in den Sommermonaten zum Eisenbahndienst einschreiben lassen, wie alles nach diesem „Juchhaun“ drängt, wo man den Uniformirten vorfährt, wann gearbeitet, gegessen und geschlafen wird.

In seinen weiteren Ausführungen berührte Redner die Entlohnung der Arbeiter, empfiehlt die Gründung von Fachvereinen der Eisenbahner und ihre Heranziehung in den Eisenbahnrat. Er weist ferner darauf hin, daß die große Zahl badischer Wähler, welche im badischen Land des Kaiserlichen Hofes beschäftigt sind, ihres Wahlrechtes in Preuss und Reich verlustig gehen, weil wohl der Wahltrieb, aber nicht der Woden badisch ist.

Hier sollte die Exterritorialität im Wahlgesetz berücksichtigt werden. Auch dem fallenden Personal im ganzen Lande müßte am Wahltag Gelegenheit zur Stimmabgabe gesichert sein. Redner behandelte dann eine Reihe von Spezialpunkten und schloß mit der Aufforderung an den Eisenbahnminister, nicht allein in bezug auf die technischen Fortschritte, sondern auch in seinem Verhältnis zur Arbeiterschaft soll der badische Bahnbetrieb musterhaft vorgehen. Möge sich im Reichen des technischen und finanziellen Fortschrittes auch die soziale Gerechtigkeit offenbaren.

Darmstadt, 7. Mai. (Frank. Zig.) Der Abg. Reinhard beantragt, die Regierung solle den Ständen noch auf diesem Landtage eine Gesetzesvorlage zugehen lassen, welche die Erbauung billiger Wohnungen für die niederen Beamten und Arbeiter des Staates in den größeren Städten des Landes bezweckt. Als dieselbe in der letzten Sitzung der zweiten Kammer angebracht wurde, erklärte Geheimrath Gummerling, ein Vorgehen Dessen sei nur im Einverständnis mit Preußen möglich. Da nun in Preußen demnächst etwas in dieser Sache geschehen soll, wird die heftige Regierung sich angeichts der anerkannten Rothlage der Verpfichtung nicht entziehen, dem Antrag Reinhard zu entsprechen.

Oesterreich-Ungarn.
Wien, 7. Mai. Die „Neue Freie Presse“ meldet aus Budapest: Die Kriegsverwaltung wird von dem Montag zusammen tretenden Delegationen einen Nachtragskredit von rund 90 Millionen Gulden verlangen, welche gleich wie der im Vorjahre bewilligte außerordentliche Kredit von 7 1/2 Millionen infolge der politischen Lage auf der Balkaninsel sich als notwendig herangestellt hat. Von diesem Nachtragskredit, der bereits theilweise zur Verwendung gelangt ist, sind ungefähre 22 Millionen für Handfeuerwaffen und Festungsartillerie und 8 1/2 Millionen für fortifikatorische Maßnahmen bestimmt. Die Deckung soll zur Hälfte aus den Beständen der Zentralaktivitäten erfolgen. Im Marinebudget werden für den Bau von zwei neuen Schlachtschiffen Theilraten in Höhe von nahezu 2 Millionen gefordert.

Budapest, 9. Mai. Den heute zusammengetretenen Delegationen wurde folgender gemeinsamer Vorschlag pro 1899 vorgelegt: Das Erforderniß des Ministeriums des Aeußern beträgt 4 274 000 Gulden, dasjenige des Heeres 143 685 251 Gulden und das der Marine 18 941 260 Gulden. Das gemeinsame Finanzministerium und der Pensionsetat erfordern 2 187 184 Gulden und der Rechnungshof 188 945 Gulden. Die Gesamtsumme der Erfordernisse beträgt 167 175 740 Gulden; hiervon geht ab Bedeckung 2 707 558 Gulden, bleibt ein Netto-Erforderniß von 164 378 382 Gulden. Die Einnahmen des Zollgefälles sind mit 59 589 530 Gulden veranschlagt; nach Abzug der Regie ergibt sich ein reiner Ueberschuß des Zollgefälles von 57 189 530 Gulden. Das außerordentliche Heereserforderniß für Bosnien beträgt 8 470 000 Gulden. Das Gesamt-Netto-Erforderniß des Ministeriums des Aeußern ist um 129 800, das des Heeres um 8 510 084 und das der Marine um 2 380 000 Gulden höher als pro 1898. Die Nachtragskredite des Heeres und der Marine pro 1897 und 1898 betragen 90 646 080 Gulden. Insofern für das Jahr 1899 die Gemeinamkeit der Zolleinkünfte in Geltung bleibt, ist die Polleinnahme von dem Erfordernisse von 164 378 382 Gulden abzuziehen. Der unbedeckte bleibende Theil ist zwischen Oesterreich und Ungarn im Sinne der nach dem Besetze festzustellenden Vertheilungsverhältnisse aufzuteilen.

Die Wiener Stadtbahn ist in ihrem ersten Theile eröffnet worden.

Leuberg, 9. Mai. Die „Slovo polski“ läßt sich aus Wien die überraschende und kaum wahrnehmbare Nachricht melden, daß die Sprachenverordnung in der nächsten Zeit aufgehoben werden soll. Graf Thun hofft, auf diese Art die Ruhe im Reiche wiederherzustellen und die Ausgleichsaktion durch das Zurückziehen der Sprachenverordnung zu ermöglichen.

Die Deutsch-Nationalen in Theorie und Praxis. Die Gemeinbürgerschaft aller Deutschen Oesterreichs ist das von den Schönermann aufgestellte Schlagwort. Das ist ihre Theorie. Ihre Praxis ist das Bündniß mit den Jungtschechen gegen die Sozialdemokraten. Dieses Bündniß kam bei den Wahlen zum Reichsausschuß des Oreniums der Speyererlaute in Erinnerung zu stande und wurde von der „Ostdeutschen Rundschau“, dem Organ des Abg. Wolf, des radikalsten aller Deutschesten, jubelnd begrüßt. Im Kampfe gegen die Sozialdemokraten einigen sich die schärfsten „nationalen“ Gegner.

Der Führer der Deutsch-Nationalen, Dr. Ebenhoch, ist zum Landeshauptmann von Oberösterreich ernannt worden.

Schweiz.
Bestrafte Steuerdefraudanten. Im Kanton Appenzell Auser-Rhoden wird mit den Steuerbetreibern ungemein scharf verfahren. Es wurden letzthin wegen Steuerunterschlagung verurtheilt: Kantonsrath (Landtags-Abgeordneter) Widmer in Teufen zu 2 Monaten und sein Schwager Steinegger zu 14 Tagen Gefängniß. Insancterhauptmann Ulrich Höfener in Derisau zu 3 und seine Schwiegermutter zu 4 Wochen Gefängniß, ein weiterer Beschuldigter zu 10 Tagen Gefängniß und außerdem erhielten alle empfindliche Geldbußen. Den Appenzellern sind aber diese Verurtheilungen noch viel zu milde und sie erhoffen von der zweiten Instanz eine Verschärfung. Wie würde es da wohl feinerzeit dem seltsamen Vaare ergangen sein!

England.
London, 7. Mai. (Fig. Ver.) Der Krieg und die Weizeninjehr. Der spanisch-amerikanische Krieg macht sich dem englischen Volke in der Gestalt beständig steigender Weizenpreise sehr unangenehm bemerkbar. Da hier alles Weibrot ist und England nicht mehr wie ungefahr den vierten Theil seines Weizenverbrauchs selbst produziert, ist noch gar nicht abzusehen, wie sich die Preise gestalten werden, falls der Krieg sich noch lange hinzieht oder gar eine Ausdehnung erfährt. Schon jetzt kostet das Quartier (etwa gleich drei Hektoliter) Weizen gegen 60 Schillinge, und die Bestände im Lande reichen höchstens für drei bis vier Wochen aus, während von dem unterwegs befindlichen „schwinmenden“ Getreide ein großer Theil nach dem europäischen Festlande geht. Eine erhebliche weitere Preissteigerung ist somit ziemlich wahrscheinlich. Unter diesen Umständen werden wieder alle möglichen Vorschläge laut, das Land gegen Ausschleichen der Zufuhren zu schützen. Auf der einen Seite regen sich die Radikaler Josephs von Egypten und propagiren die Idee, daß der Staat bestimmte Mengen von Getreide beständig auf Lager halten soll, um für alle Rothfälle gesichert zu sein, und auf der andern kommen die Schwärmer für Agrarölle hervor und erklären, daß wenn England durch einen möglichen Getreidezoll seine Weizenindustrie geschützt hätte, es keine amerikanischen „Corners“ und dergleichen zu fürchten hätte, und schließlich sprechen auch die Bodenreformer ihr Wort mit und mahnen den Großgrundbesitz und die Bodenrenten für die große Abhängigkeit Englands von fremden Märkten verantwortlich. Am populärsten sind von all diesen vielleicht im Augenblicke die Anhänger der Aufspeicherung von Korn durch den Staat, aber die große Mehrheit der maßgebenden Politiker hält am Wesentlichen fest und zieht aus der augenblicklichen Situation nur die Folgerung, daß England seine Kriegsflootte in genügender Stärke erhalten muß, um jeden Versuch der Unterbrechung seines Seeverkehrs mit Erfolg vereiteln zu können. Solange es dazu im Stande sei, werde es besser gegen Hungersnoth gesichert sein wie durch Schutzzölle oder staatliche Getreideläger. Eine Reform der Bodenbesitzverhältnisse in England gilt aber als völlig utopisch.

London, 9. Mai. (Koff. Zig.) Harcourt hielt am Samstag Abend bei einem Festmahle in Cambridge eine Rede, in deren Verlauf er, bezugnehmend auf Salisbury's jüngste Rede vor der Primeminister, die auswärtige Politik der Regierung einer ungewöhnlich scharfen Kritik unterzog. Diese Politik hätte namentlich in China erbärmliches Fiasco gemacht. Das Briten-voll wünsche keinen Krieg, fühle jedoch, daß es durch seine Regierung in der ganzen Welt geringschätzig behandelt und zum Karren gemacht worden sei. Nach einem Hinweis auf den spanisch-amerikanischen Krieg erklärte Harcourt, die liberale Partei sympathisire stets mit der Seite, die für die Freiheit wirke. Die unerschütterliche Grundlage der auswärtigen Politik der liberalen Partei sei der Friede und die Freundschaft mit Amerika.

Spanien.
Madrid, 9. Mai. (B. Z. V.) In Simares kam es gestern zu einem ersten Aufruhr. Die Volksmenge drang durch die Fenster in das Rathhaus und plünderte dasselbe. Die Gendarmen drang den Aufstößern nach und feuerte auf sie. Die Aufstößern antworteten mit Revolvergeschüssen, so daß die

Gendarmen sich bis in die benachbarten Straßen zurückziehen mußte. Die Aufstößern verfügten sich mit Munition und unterhielten ein erdichtetes Feuer. Fünf Personen wurden getödtet, fünfzig verwundet. Auch aus Cadix, Albacete und Martos werden Unruhen gemeldet.

Rußland.
Petersburg, 8. Mai. Die Reichsbank sowie fünf hiesige Privatbanken veröffentlichten heute die Subskriptionsbedingungen der neuen von Rußland, England und Frankreich garantierten griechischen Anleihe. Es wird zur Zeit der dritte Theil der ganzen Summe nämlich 41 1/2 Millionen Franks und zwar zum Emissionskurs von 100 1/2 pCt. auf den Markt kommen.

Serbien.
In den Stupschinawahlen wird der „R. Fr. Pr.“ aus Belgrad geschrieben: Bei den am 4. Juni stattfindenden Stupschinawahlen werden 196 Abgeordnete gewählt. Außerdem erneuert der König auf Vorschlag der Regierung 64 Abgeordnete, so daß die Gesamtzahl der Abgeordneten 260 beträgt. Die Regierung braucht demnach bei den Wahlen nur etwas mehr als 66 regierungsfreundliche Abgeordnete durchzuführen, um mit Hilfe der vom König ernannten Abgeordneten eine Majorität in der Stupschina zu erlangen. Die Regierungspartei werden in der Stupschina die Neutralen, Liberalen und ehemaligen Fortschrittler bilden, während die Opposition fast ausschließlich aus Radikalen bestehen wird. Nach dem gegenwärtig in Kraft stehenden Wahlgesetz sind die Wahlen nicht direkt, sondern werden durch Wahlmänner vorgenommen und müssen an einem und demselben Tage im ganzen Lande vor Sonnenuntergang beendet sein. Die Stupschina wird drei Wochen nach den vollzogenen Wahlen in Riß zusammen treten.

Türkei.
Konstantinopel, 8. Mai. Der österreichisch-ungarische Botschafter Herr v. Galice überreichte heute der Pforte eine Note, durch welche 4000 Pfund Entschädigung verlangt werden für die Verluste, die österreichisch-ungarische Untertanen während der armenischen Unruhen erlitten haben. — Auf dem Schiffe „Metala“, welches in Alexandria mit Pilgern am Bord eingetroffen ist, wurde ein Pestfall festgestellt, die nöthigen Maßnahmen sind getroffen.

Afrika.
Kairo, 7. Mai. Der gemeldete verdächtige Krankheitsfall in Suez wurde als Pestfall erklärt; doch befindet sich der Kranke bereits auf dem Wege der Besserung. Andere Fälle von Pest sind bisher nicht vorgekommen.

Eine feine Familie. Aus Kairo wird telegraphirt: Prinz Ahmed Saf-Eddin, ein Vetter des Scheichs, schoß im „Abedival Klub“ auf seinen Heim, den Prinzen Ahmed Quad. Ahmed Quad erhielt drei Schüsse in den Rücken; man hofft ihn wiederherzustellen. Ahmed Saf-Eddin ist verhaftet worden.

Parlamentarisches.

In der Petitionskommission des Abgeordnetenhauses kam eine Petition des Zentralverbandes des Gewerksvereins christlicher Bergarbeiter zur Verhandlung. Die Vitztheler fordern die Vorlage einer Vergesetz-Novelle und bekräftigen eine Reihe von Punkten zur besonderen Berücksichtigung. Die Regierungsvertreter gaben folgende Erklärungen ab. Bezüglich der Forderung von Arbeiter-Delegirten, die dem königlichen Revierbeamten zur Seite gegeben werden, erkannte der Handelsminister an, daß hinsichtlich des Interpersonals der Aufsichtsinstrumente nicht genüge; der Minister beabsichtigt, hier einzugreifen. Es handle sich dabei um eine Veränderung der bestehenden Gesetzgebung. Die von den Vertretern geforderten Arbeiterausschüsse beständen bereits, allerdings nicht obligatorisch, sondern nur fakultativ. Der Reichstag habe 1891 den Standpunkt vertreten, daß solche Arbeiterausschüsse nur dann Berath hätten und eingeführt werden müßten, wenn Arbeitgeber und Arbeiter in gegenseitigem Vertrauen zu einander ständen. Hinsichtlich der von den Petenten gewünschten Herabsetzung der Vergarbeiter nach bestimmten Stufen bemerkte der Kommissar, daß solche sich an die verschiedenen Bedürfnisse der einzelnen Bergbezirke anlehnen müßte. Ein Bedrück nach Erweiterung der bestehenden Polizeiverordnungen könne nicht anerkannt werden. Die nach dieser Richtung hin angelegten Nacharbeiten hätten ergeben, daß dieselben genügen und überall befolgt würden. Anlangend die ausländischen Vergarbeiter, die der deutschen Sprache nicht mächtig sind, bekräftigte die Staatsregierung sich ernstlich mit der Frage, wie deren Einmündung Einhalt zu gebieten sei. Es habe sich aber ergeben, daß von 158 368 Vergarbeitern nur 1676 der deutschen Sprache nicht mächtig seien, unter diesen befänden sich 1093 fremdsprachliche deutsche Arbeiter. Die Forderung der Vergarbeiter, daß bei der Ablegung der Grubenarbeiten die Vergarbeiter ein entscheidendes Wort mitzusprechen habe, sei von geringer Bedeutung. Die Arbeiter hätten jetzt schon das Recht auf Entlohnung von Aufsichtsinstrumenten, die ihre Pflicht nicht erfüllen, und die Vergbehörde sei jetzt schon in der Lage, Beamte, die moralisch oder technisch nicht befähigt sind, zu entlassen. In dieser Beziehung würde sogar mit Strenge vorgegangen. Zur Bekämpfung der Schlagwettergefahren sei die Polizeiverordnung von 1887 ergänzt worden. Es werde scharf auf deren Befolgung geachtet. Es seien auf allen Wettergruben besondere Wettersteiger angestellt, welche allen Vorschriften genügen. Das Schließen in Schlagwettergruben gänzlich zu verbieten, sei nicht angängig, da durch solches Verbot manchen Gruben der Betrieb unmöglich gemacht würde. Dafür, daß wie die Petenten behaupten, schadhafte Wetterlampen in den Gruben gebraucht würden, fehle jeder Beweis. Es sei kein Fall bekannt geworden, daß durch solche ein Unglück entstanden sei. Die Revierbeamten hätten die Pflicht, auf das Schärfste zu prüfen, ob dieselben in Ordnung seien. Zudem würden auf den Schlagwetter-Gruben nur Lampen mit innerer Zündung benutzt. Die Kommission beschloß auf Antrag des Referenten Abg. Langer einstimmig, die Petition ihrem ganzen Inhalt nach der Staatsregierung als Material zu überweisen.

Der Kommission lag ferner eine Petition vor vom Bund deutscher Trübsen- und Neidbeschauner, dahingehend, daß 1. die obligatorische Fleisch- und Trübsenschau in Preußen ehestens eingeführt werde, und 2. durch einheitliche, für das ganze Königreich geltende Bestimmungen die Personfreiheit in den Ausführungsbestimmungen, besonders in Hinsicht auf die Stellung der Fleisch- und Trübsenbeschauner, die einheitliche Geschäftserhebung und Schaubezirke, sowie die Probe-Entnahme und Untersuchung beseitigt werde. Auf Antrag des Referenten Abg. Langer beschloß die Kommission einstimmig, die Kommission einstimmig, mit Rücksicht auf die von der Regierung in voriger Woche abgegebene Erklärung, auch diese Petition der königlichen Staatsregierung als Material für die bevorstehende Regelung des Fleisch- und Trübsenschauwesens durch Reichsgesetzgebung zu überweisen.

Gewerkschaftliches.

Deutsches Reich.
Lohnbewegungen der Bauhandwerker. In Essen befinden sich von den 700 auf 88 Bauten beschäftigten Bauern 406 im Streik, von den übrigen treten noch 75 nach Ablauf der Kündigung in den Ausstand. 215 von den Ausständigen sind abgereist. Der Zimmererstreik in Kassel ist beendet, die Arbeiter haben sich mit einer Lohnzulage von 2 Pf. pro Stunde begnügt.
Lohnbewegung der Textilarbeiter. Zur Zeit stehen 30 Seiler in Breslau, 59 Weber in Krefeld und 178 Weber in Peltungen bei Kassel im Ausstand. Die Seiler in Breslau fordern einen Minimallohn von 18 M., die Weber in Peltungen verlangen Verärzung der Arbeitszeit um eine Stunde und Lohn-erhöhung von 10 pCt., die Weber in Krefeld kämpfen gegen einen Lohnabzug von 15 pCt. Alle Ausständigen gehören dem Verband der Textilarbeiter an, der hiermit seine Mitglieder zur thätigsten

Unterstützung auffordert. Gelder sind nur an die Hauptkasse zu senden. Der Zentralvorstand. C. Hübsch.

In **Hessburg** befinden sich die Tischler im Ausstand.

Zur **Lohnbewegung der Steinarbeiter**. Neue Kämpfe stehen den Steinarbeitern bevor. Das Recht, sich zu vereinigen, wollen die Granitindustriellen des Fichtelgebirges den Steinarbeitern rauben, sie wollen diese Arbeiter von der Organisation der Steinarbeiter Deutschlands isolieren, um die Leute in Zukunft nach Herzenslust ausbeuten zu können. Da nun die Unternehmer, wie bereits gemeldet, allen denjenigen, welche nicht aus der Organisation austreten, kündigen, so haben bereits jetzt die Arbeiter in den Orten Schwarzenbach a. S. und Seußen die Arbeit niedergelegt, um die noch eilige Fertigstellung eingegangener Aufträge zu bereitlegen. Circa 450 Mann sind von der Ausperrung betroffen und ist zu befürchten, daß die Zahl innerhalb 8 Tagen sich verdoppelt.

Der **Ausstand in Striegau** scheint sich zu Gunsten der Ausständigen zu wenden. In 5 Betrieben bei 2 Arbeitgebern haben die Leute die Arbeit wieder aufgenommen, 10-12 1/2 pCt. Lohn-erhöhung, sowie der 10stündige Arbeitstag wurden gewährt. Der Unternehmerring sucht alle Hebel in Bewegung zu setzen, um Streikbrecher heranzuziehen, aber ohne Erfolg. Die Arbeiter scheinen zu drängen. Gegenwärtig sind noch 531 Mann im Ausstand. Bei der Firma Schilling in Neu-Warthau bei Bunzlau haben auf Grund einer Maßregelung 125 Mann die Arbeit niedergelegt. In Plauen i. Vogtl. haben sämtliche Unternehmer die Forderungen bewilligt bis auf die Firma Buschner, wodurch gleichfalls die Steinmehlen dieser Firma gezwungen waren, die Arbeit niederzulegen. In Frankfurta. M. ist der Kampf als siegreich beendet zu betrachten, nur wenige Arbeiter sind noch zu unterstützen. In Wensheim und Heppenheim konnten die Ausständigen nicht stand halten und haben viele die Arbeit aufgenommen, zum Theil reisten sie ab.

Dagegen erzielten die Arbeiter in Erfurt nach zweitägigem Streik die Unterschriften der Arbeitgeber zu ihrem vorgelegten Tarif. Die Gesamtzahl der Ausständigen beträgt 1010 Mann.

Wir hoffen, die gesamte organisierte Arbeiterschaft Deutschlands wird beweisen, daß die Ausständigen nicht umsonst an die Solidarität der übrigen Arbeiter appelliert haben. — Geldsendungen richtete man an die Geschäftsleitung der Steinarbeiter Deutschlands P. Mitschke, Ritzdorf, Steinmehle 14.

Auf der **Wiescharlen-Grube** in Schlesien wird jetzt durchgängig in Kautschundensichten gearbeitet. Warum geht es hier? Bedinglich der Lohnmangel ist es, der die allgemeine Einführung der Kautschundensichten verhindert.

Die **Maler in Arnstadt** haben sich mit den Unternehmern auf eine Lohnzulage von 2 Pf. pro Stunde geeinigt.

In **Karlsruhe** sind am Montag die Malergehilfen in den Streik eingetreten. Die hauptsächlichsten Forderungen sind: 1. Einführung einer Arbeitszeit von 9 1/2 Stunden; 2. ein Minimallohn von 40 Pf. pro Stunde; 3. für Ueberstunden ein Aufschlag von 25 pCt. für Nacht- und Sonntagsarbeit 50 pCt.; 4. bei Landarbeit ein Aufschlag von 1 M. 50 Pf. resp. 2 M.; 5. wöchentliche Lohnzahlung.

Die **Holzarbeiter und Metallarbeiter** stehen seit drei Wochen in Düsseldorf im Streik. Die 600 Streitenden haben so tapfer zusammeng gehalten, daß bis auf eine Firma von den jetzt mit Streik betroffenen sämtliche die Forderungen der Ausständigen bewilligt haben. Neunstündige Arbeitszeit und 15 pCt. Lohn-erhöhung sind somit eingeführt. Den Zimmerleuten ist nichts bewilligt worden. Es befinden sich deshalb noch 200 im Ausstand.

Der **Streik der Leipziger Feilenhauer und Schleifer** dauert fort. Zugang ist streng fernzuhalten.

Der **Ausstand der Metallarbeiter** in der Metallwaarenfabrik von Jung u. Dittmar in Salzgungen ist für die Arbeiter verloren gegangen. Der Zugang ist noch fernzuhalten, da noch 50 Ausgesteuerte unterzubringen sind. Der Ausstand droht auch in der Maschinenfabrik auszubrechen, da hier die Kündigungsfrist vorüber ist und die Arbeiter sich weigern, den Forderungen, der den Austritt aus der Organisation fordert, zu unterzeichnen.

Der **Münchener Tischlerstreik** meldet uns ein Telegramm, daß in der Versammlung der Unternehmer des Baugewerbes eine Beratung über die Generalsperre resultatlos verlaufen ist.

Ausland.

Die **Lohnbewegung der Wiener Handschuhmacher** ist jetzt gänzlich beendet. Die Bewegung hat nahe drei Monate gedauert und endete mit dem Siege der Arbeiter, indem eine allgemeine 12-15prozentige, in einigen besseren Geschäften bis 30prozentige Lohn-erhöhung erreicht worden ist.

In **Przibram** (Oesterreich) ist die Arbeit im vollen Umfange wieder aufgenommen, nachdem den Vergleichen eine Thenerungs- und Zulage und Geldvorschuße zugestimmt worden sind. Die Währung dauert aber, wie die Wiener „Arbeiter-Zeitung“ mittheilt, noch fort und wird noch genährt durch das Verhalten der Behörde, welche die Versammlungen verbietet und Verhaftungen vornimmt.

Die **Situation im Kohlenrevier von Süd-Wales** ist noch ziemlich unklar, doch macht sich in beiden Lagern ein starker Drang nach baldigem Friedensschluß bemerkbar. Den Verbänden-Unternehmern thut es weh, zusehen zu müssen, wie ihre schwarz-beinigen Kollegen Woche für Woche erhöhten Profit aus den gestiegenen Kohlenpreisen einstreifen, und in den Reihen der Arbeiter erklären sich immer mehr Stimmen dafür, ihrem Komitee die gewünschten Vollmachten zum Abschluß von Friedensbedingungen zuzusprechen. Handelsminister Ritchie hat sich bereit erklärt, Deputationen in Sachen des Streiks zu empfangen und gegebenenfalls an einer Konferenz zwischen Unternehmern und Arbeitern selbst theilzunehmen.

Soziales.

Alters- und Invalidenversicherung. Nach der im Reichs-Versicherungsamt angefertigten Zusammenstellung, die auf den Mittheilungen der Vorstände der Invaliditäts- und Altersversicherungs-Anstalten und der zugelassenen Kasseneinrichtungen beruht, beträgt die Zahl der seit dem Inkrafttreten des Invaliditäts- und Alters-versicherungsgesetzes bis einschließl. 31. März 1898 von den 31 Versicherungsanstalten und den 9 vorhandenen Kasseneinrichtungen bewilligten Invalidenrenten 317 095; davon sind infolge Todes oder Auswanderung der Berechtigten, Wiedererlangung der Erwerbsfähigkeit, Bezugs von Unfallrenten oder aus anderen Gründen weggefallen 93 192, so daß am 1. April 1898 liefen 223 903 Invalidenrenten gegen 210 850 am 1. Januar 1898.

Die Zahl der während desselben Zeitraums bewilligten Altersrenten betrug 323 854; davon sind infolge Todes oder Auswanderung der Berechtigten oder aus anderen Gründen weggefallen 120 462, so daß am 1. April 1898 liefen 203 392 gegen 203 644 am 1. Januar 1898.

Beitrags-Zurückstellungen sind bis zum 31. März 1898 bewilligt an weibliche Versicherte, die in die Ehe getreten sind, 200 205 gegen 171 892, an die Hinterbliebenen von Versicherten 45 116 gegen 41 591, zusammen 245 321 gegen 212 983 bis zum 31. Dezember 1897.

Arbeiter-Misde. Aus Brüg in Oöhmen wird telegraphirt: Am Jupiterfeste bei Kommern erfolgte am Sonntag Abend durch Verbruch zweier ausgeführter Abbane ein Schlammbruch in die Grube, wobei ein Steiger und ein Pumpenwärter tödtliche Verletzungen erlitten.

Der Krieg.

Ueber die **Schlacht in der Bucht von Manila** liegen jetzt ausführliche Berichte aus amerikanischen Quellen vor. Die Pariser Ausgabe des „New-York Herald“ veröffentlicht den ersten Theil des Berichts über das Seegefecht bei Manila. Rünfal-parrte Admiral Dewey die spanischen Schiffe. Die Verluste der Amerikaner waren nicht nennenswerth, aber die Zahl

der Schiffe, welche die amerikanischen Schiffe erhielten, be-weist, wie tapfer und nuthig die Verteidigung der Spanier war. Nichts hinderte die Einfahrt der Amerikaner in die Bai. Die „Olympia“, welche an der Spitze fuhr, hatte die Insel Corregidor eine Meile hinter sich, als der erste Schuß fiel. Die Schiffe „Maine“, „Concord“ und „Boston“ erwiderten schnell das Feuer. Ein Geschöß der „Concord“ plagte über einer Batterie und brachte dieselbe zum Schweigen. Das Geschwader verlangsamte seine Fahrt, es kam bis auf fünf Meilen an Manila heran. Als der Tag anbrach, sah man das spanische Geschwader sich in Fahrt setzen. Das Ge-schwader fuhr zunächst an Manila vorüber, wo drei Batterien in Thätigkeit traten. Die mächtigen Kanonen der „Concord“ erwiderten das Feuer. Bei Cavite explodierten zwei starke Torpedos an dem Bug des Admiralschiffes; man glaubt, daß dies die einzigen Torpedos der Spanier waren. Darauf begann die Batterie an der Landspitze von Cavite das Feuer. Die Geschöße kamen sehr nahe an die amerikanischen Schiffe heran. Die amerikanischen Mannschaften riefen: „Denk an die „Maine“! Der Kommandant, welcher sich mit dem Stabe auf der Kommandobrücke befand, ordnete an, die einzelnen Schiffe sollten das Feuer beginnen, wenn sie es für nöthig erachteten! Der an General Dewey ergangene Befehl besagte, er solle das spanische Geschwader nehmen oder zerstören. Niemals wurden In-struktionen vollständiger ausgeführt; denn nach Verlauf von sieben Stunden blieb nichts mehr zu thun übrig. Dewey hatte am Abend vor der Schlacht die Einzelheiten des Aktionsplans festgestellt; der Plan wurde genau durchgeführt. Am Abend der Schlacht ließ der Kommandeur auf der Höhe von Manila Anker werfen und schickte an den Gouverneur die Postkarte, daß er Manila blockire; er fügte hinzu, wenn auf die amerikanischen Schiffe geschossen werden sollte, würden die Batterien von Manila zerstört werden. Die Amerikaner hatten keinen einzigen Todten. Der Bericht schließt: Wenn es den Amerikanern gelang, ohne schweren Verlust an Menschenleben aus der Schlacht hervorzugehen, so ist dies ihrem Glück und dem mangelhaften Schicksal der Spanier zu verdanken.

Wie das „Reuter'sche Bureau“ aus Hongkong von gestern meldet, begann die Schlacht bei Manila um 5 1/2 Uhr früh und endete mittags, zu welcher Zeit die ganze spanische Flotte vernichtet war. Im Arsenal fand eine Explosion statt, durch welche viele Personen getödtet wurden. Der Gesamtverlust der Spanier betrug mehr als 1000 Todte und Verwundete betragen.

Aus Madrid wird dagegen gemeldet: Der jetzt eingetroffene Bericht des spanischen Generals Augustin bestätigt, daß in der Schlacht bei Cavite 618 spanische Soldaten kampfunfähig geworden sind. In Manila befanden sich 1000 Matrosen. Eine Verwundung des Feindes sei zur Zeit nicht möglich, da dieser außerhalb Schuß-weite der zur Verfügung stehenden spanischen Geschütze wäre. Infolge Intervention der Konsuln werde von der Bombardirung Manila's abgesehen werden.

Wie der „Frankfurter Zeitung“ aus Madrid gemeldet wird, be-schloß der Ministerrath, daß ein Theil des im anabulischen Hafen liegenden Eriaggeschwaders mit Truppen sofort nach Ostasien ab-dampfen soll, um vor den nordamerikanischen Verstärkungen bei den Philippinen einzutreffen.

Wie diese Truppen an ihrem Bestimmungsorte angekommen sein können, muß das Schicksal der Philippinen längst entschieden sein. Weit früher werden jedenfalls die vom amerikanischen Marine-sekretär zur Abreise bereiten und vielleicht schon morgen abzuschickenden Truppen in Manila angekommen sein.

Aus Hongkong wird telegraphirt:

Die Agenten der Aufständigen, welche die ameri-kanische Flotte vor Manila begleiteten, wurden vom Admiral Dewey gebeten, sich an Land zu begeben, um über die Stärke und die Stellung der Aufständigen Bericht einzuholen. Der Admiral wünschte ferner, daß die Agenten die Aufständigen darüber unterrichten sollten, daß er nicht die Absicht habe, eine sofortige Aenderung der Regierung auf den Philippinen herbeizuführen. Seine einzige Sorge sei, die Bevölkerung zu verhindern, Aus-schreitungen zu begehen. Die Agenten der Aufständigen weigerten sich, an Land zu gehen. Der spanische Admiral theilte dem Generalgouverneur mit, daß es unmöglich sei, mit Aussicht auf Erfolg Widerstand zu leisten und daß er sich im Interesse der Menschlichkeit lieber ergeben würde, obwohl er sich bereit erklärte, zu kämpfen und zu sterben. Nach dem Befehl überlieferte Admiral Dewey ein Ultimatum mit der Drohung, die Stadt zu bombardiren, falls die Batterien das Feuer nicht einstellten. Dewey schlug den spanischen Behörden vor, sie möchten unter amerikanischer Flagge ihres Amtes weiter walten bis zum Ende des Krieges.

Nach einer Madrider Depesche von der Insel Lubuan haben sich die Spanier des Ortes Panay (Philippinen), des Haupt-plazes des Kantones bemächtigt, welcher von 4000 Mann vertheidigt wurde. Die Aufständigen ließen 172 Todte auf dem Plage und verloren etwa 500 Mann auf dem Rückzuge. Panay wurde zerstört. Es wird dies für sehr wichtig für die Wiederherstellung der Ruhe auf der Insel Panay angesehen. Auf-seiten der Spanier wurden 2 Offiziere und 42 Soldaten verwundet. Wenn sich auch diese Kanarische beständen sollte, wäre sie für die Herrschaft der Spanier auf der ostasiatischen Inselgruppe be-deutungslos.

In Pariser diplomatischen Kreisen soll auf das bestimmteste ver-sichert werden, die ostasiatische Tripelallianz Deutschland, Frankreich und Rußland werde energische Schritte unternehmen, wenn Amerika sich der Philippinen bemächtigen sollte. Eine dahin zielende Nach-verschiebung werde nicht geduldet werden.

Nach Depeschen aus Gibraltar hat neuerdings auf dem Atlantischen Ozean zwischen der spanischen und der ameri-kanischen Flotte eine Schlacht stattgefunden, aus welcher die Spanier siegreich hervorgegangen sind. Die amerikanische Flotte soll unter großen Verlusten zum Rückzug gezwungen worden sein.

Die „New-Yorker World“ veröffentlicht nachfolgendes Tele-gramm aus Puerto Plata (San Domingo) vom heutigen Tage: Beamte von Domingo berichten, daß eine schwarze Kanonade bei Monte Christi gehört wurde. Man glaubt, das Geschwader des Admirals Sampson sei mit der spanischen Flotte, die von den Kap-Verdischen Inseln kam, in ein Gefecht verwickelt worden; die Kanonade habe gegen 9 Uhr vormittags begonnen.

Eine telegraphische Meldung aus Port-au Prince besagt: Nach hier eingelaufenem Bericht vom Kap Haiti wurde das Geschwader des Admirals Sampson in nördlicher Richtung bemerkt, ebenso wurden gestern 17 spanische Schiffe, von denen ein Theil Kriegsschiffe waren, in der Nähe von Portorico gesehen. Gestern in den West eingetroffene deutsche Seesleute bestätigen, daß am Nachmittag starker Kanonendonner in nordwestlicher Richtung zu hören war.

„Daily Mail“ meldet aus Washington, daß man Nachrichten über die spanische Flotte von Stunde zu Stunde erwartet. Dieselbe befindet sich bei Portorico, wo ebenfalls das unter Admiral Sampson stehende amerikanische Geschwader sich aufhält. Ein Zusammenstoß der beiden Geschwader steht unmittelbar bevor.

Eine authentische Bestätigung all' dieser auf Gerüchte und Ver-muthungen beruhenden Meldungen fehlt bisher.

Aus Ken West wird gemeldet: Ein amerikanisches Kriegsschiff, welches gestern von einem spanischen Kreuzer be-schossen wurde, ist im Schlepptau hierhergebracht worden. Es hat bedeutende Havarie im Maschinenraum erlitten.

Nach einer Depesche der „World“ aus Ken West sind unter den an Bord des ausgeführten Schiffes „Argonauta“ kommandirten amerikanischen Seeleuten vier Fälle von Erkrankung an gelben Fieber vorgekommen, doch wird das Auftreten der Krank-heit von den Ärzten für nur sporadisch erklärt. Die „Argonauta“ liegt jetzt in Quarantäne.

Aus Madrid wird gemeldet: Einige europäische Mächte sollen entschlossen sein, den Einwand Spaniens, daß die Blockade Havana's nicht effektiv sei, zu unterstützen.

Nach dem Völkerrecht gilt nur diejenige Blockade als rechts-verbindlich, die effektiv ist.

Nach einer amtlichen Depesche aus Havana wagte sich am Abend ein feindliches Schiff bis in die Schußweite einer Batterie von Havana, wurde jedoch gezwungen, sich mit leichten Havarien eiligst zurück-zuziehen.

zuziehen. Am 8 Uhr feuerte ein anderes Schiff auf die Batterien am Eingange von Matanzas; 65 Schiffe waren auf ein kleines Blockhaus gerichtet, von denen 19 dasselbe trafen. Außer einem Zivil-ingénieur, der leicht verletzt wurde, kamen Menschen nicht zu Schaden. Nach Meldungen aus Havana von 8 Uhr vormittags wechselten die Batterien mit zwei amerikanischen Kreuzern, die eine Galeotte verfolgten, Kanonenschüsse.

Der spanische Kriegsminister verlas in der Kammer ein Telegramm des Marichalls Blanco, in welchem es heißt, daß an die Küste der Bucht von Havana die Ueberreste des Wracks eines amerikanischen Schiffes, wie man glaubt des „Cincinnati“, welches kenterte, ge-worfen wurden. Der Minister erklärt alsdann, daß eine Minister-feise in Madrid nicht bestehe.

Nach einem amtlichen Telegramm aus Havana sind die stärksten Schiffe, welche die Blockade bilden, nach Portorico abgegangen.

Die „World“ veröffentlicht einen Brief des Injungenführers Gomez vom 30. v. M., in welchem derselbe den Vereinigten Staaten für den von ihnen den Aufständigen angebotenen Schutz dankt, derselbe solle ein Band der Solidarität und ewiger Freundschaft zweier Völker bilden. Gomez sagt dann weiter, er wisse, daß die Regierung der Aufständigen bereit sei, die angebotene Allianz anzunehmen.

Truppenmassen werden an dem von der Insel Kuba wenig ent-fernten Feldlager bei Tampa zusammengezogen, doch wird von Tag zu Tag die Verschiffung derselben verschoben, weniger vielleicht wegen der Stärke der spanischen Positionen als wegen des An-bruches der gesundheitsberberenden Regen- und Fieberzeit auf der Insel Kuba.

Wie die Madrider Blätter melden, stehe eine Ministerkrise bevor; dieselbe sei durch den Marineminister hervorgerufen. In der spanischen Kammer wurde die Regierung wegen der Verhängung des Belagerungszustandes über Madrid scharf angegriffen. Unterdessen dehnt aber die Regierung das Geltungsgebiet des Belagerungszustandes immer mehr aus; so wurde angeblich wegen Meutereien der Belagerungszustand auch über Vajadoz und Alicante verhängt. In Madrid sind Meldungen von einer neuen Arbeiterbewegung in dem Bergwerksbezirk von Bilbao eingetroffen. Es sind strenge Maß-nahmen ergriffen, um die Ordnung aufrecht zu halten.

Aus Rotterdam wird gemeldet: Der norwegische Dampfer „Fram“ ist hier aus Hamburg eingetroffen, um 800 Tons Salpeter zu laden. Die Behörden verhindern jedoch den „Fram“, die Ladung einzunehmen, da Salpeter ein Bestandtheil des Pulvers sei und daher als Kriegsgüter angesehen werde. Eine Abtheilung Marine-Infanterie bewacht die „Fram“. Der Steuermann der „Fram“ erklärte, der Bestimmungsort des Schiffes sei Bayonne. Die spanische Kolonie in Argentinien sandte zwei Millionen Pesetas für die Rational-Subskription.

Ueber Frankreich und den spanisch-ameri-kanischen Krieg schreibt unser Pariser Korrespondent:

Frankreichs Stellung zum spanisch-amerikanischen Kriege ist sehr beachtenswerth, vorläufig freilich mehr unter dem Gesichtspunkt der inneren französischen Politik. Die große Mehrzahl der Presseorgane ist nicht nur für Spanien sympathisch gestimmt, sondern sie stellt sich geradezu auf den spanischen Interessenstandpunkt. Die gewöhnlichen Ausfälle gegen England werden nun mit solchen gegen die „angelsächsischen“ Vereinigten Staaten verbunden. Selbst die ernstesten und wegen ihrer Beziehungen zum Auswärtigen Amte ver-antwortlichen Blätter, wie der „Temps“, verstehen oder wünschen nicht immer, ihre Parteinahme für Spanien in referierte Worte zu kleiden. Es gilt als ausgemacht, daß die „edlen“ und „großmüthigen“ Spanier (siehe die Postern von Montjuich und die Grenellwirthschaft auf Kuba!) die „Ehre“ und die „Ritterlich-keit“ in Nacht genommen hätten, während die Amerikaner einzig und allein durch selbstthätig-materielle Beweggründe zum Kampfe getrieben worden wären. Dieselbe Presse, welche die jahrelange grausame Unterdrückung Kuba's todgeschwiegen hatte, zieht nun die Register des Mitleids für den Schwächeren, weil der spanische Unter-drücker seinen Meister gefunden hat.

Die Erklärung der überschwänglichen Sympathiebeziehungen für Spanien liegt nur zum geringsten Theil in der immer wieder hervor-gehobenen „Solidarität der lateinischen Rasse.“ Eine beträchtliche Rolle spielt dabei die liberale Bestimmung der herrschenden Klassen. Die heftigste Parteinahme für Spanien findet man denn auch in der liberalen Presse. Mit der ausgeprochenen französischen Neigung, aus jeder Frage eine Parteiwaffe zu schmieden, beutet diese Presse auch die Stimmungsmache für das katholische Spanien aus.

Die antiliberalen, demokratische und sozialistische Presse wünscht dagegen einmüthig den Erfolg der amerikanischen Waffen im Interesse der Befreiung Kuba's.

Der ministerielle Monarchist Cornélie schreibt im „Figaro“ ganz zutreffend: „Alles, was in Frankreich dem konservativen Instinkt folgt, ist für Spanien; alles, was sich vom revolutionären Instinkt leiten läßt, ist für die Vereinigten Staaten.“ Inwiefern der „konser-vative Instinkt“ mit den Interessen der französischen Hochfinanz zusammenfällt, welche in spanischen Staatspapieren, Eisenbahnen und industriellen Unternehmungen mit ca. 3 Milliarden engagiert ist, mag dahingestellt bleiben. Denn kein Spanierfreund ist so verblendet, um einen spanischen Sieg zu erwarten.

Außerhalb der Presse sind folgende Umgebungen bemerkens-werth. Marine-Offiziere vom Londoner Hafen richteten durch die Vermittlung des spanischen Gesandten in Paris eine Sympathie-Adresse an die spanische Re-gierung. Trotzdem nun militärische Kollektiv-Umgebungen über-haupt geschloß verboten sind, hört man nichts von einem Betweide seitens des Marineministers. An den Geldspendern für die spanische Flotte beteiligten sich auch Pariser. Die halb-antliche Havas-Agentur möchte unter anderem die Mittheilung von einer Spende im Betrage von 200 000 M.

In den letzten Tagen haben die liberal-monarchistischen Vereine der französischen Jugend eine Zentralorganisation gebildet unter dem Namen „Nationalkomitee der französischen Jugend zu Gunsten Spaniens“ mit dem Zwecke, die Geldsammlungen und die Stimmungsmache für Spanien im ganzen Lande zu betreiben. Die anfänglichen Anmeldungen von Freiwilligen in der hiesigen spanischen Volksgast haben nur deshalb keine praktischen Folgen gehabt, weil Spanien keine ausländische Legion organisiren will.

Die Stellungnahme der herrschenden Klassen ist schließlich des-halb bezeichnend, weil die französischen Sympathisten im gegebenen Falle ausnahmsweise sich ziemlich unabhängig von den russischen Einflüssen äußern dürfen. Da sieht man also, wie die verfallende französische Bourgeoisie durch die Macht der Wahlverwandtschaft zu der liberal-militärischen Jüdisch Spaniens hingezogen wird. Und das im Widerspruch zu den natürlichen Interessen Frankreichs, welches in kommerzieller und diplomatischer (Ostasien!) Beziehung den Verlust der amerikanischen Sympathien ebenso sehr zu fürchten hat, wie es von der spanischen Freundschaft nichts zu hoffen hat.

Die Stimmung der „maßgebenden“ und zahlreichsten Organe der französischen öffentlichen Meinung dürfte kommenden Falles im Schlußstadium des spanisch-amerikanischen Krieges von praktischem Einfluß auf die Haltung der Regierung sein. —

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Kassel, 9. Mai. (W. T. B.) Das Wasser der Fulda steigt weiter. Aus den verschiedensten Theilen des Regierungsbezirks treffen Berichte über fortwauernde Regengüsse und dadurch verursachte Ueberschwemmungen und Verheerungen ein.

Lüttich, 9. Mai. (W. T. B.) Durch einen Unglücksfall in der „Gute Hoffnung“-Kohlengrube bei Wivros wurden fünf in einem Fahrstuhl befindliche Arbeiter getödtet und eine Anzahl anderer schwer verwundet.

Paris, 9. April. (W. T. B.) Der von Vafel kommende Schnellzug stieß heute Nachmittag 2 Uhr bei der Station Poulain mit einem Personenzug zusammen. Einige Personen wurden ver-wundet.

Athen, 9. April. (W. T. B.) Kardigi und Giorgis wurden heute Vormittag hingerichtet.

Partei-Nachrichten.

Die Sozialdemokratie Rumäniens hielt in den Tagen vom 19. bis 21. April im großen Saale des Arbeitervereins „Clubul Muncitorilor“ in Bukarest ihren 5. Parteitag ab.

Aus dem Bericht der Parteivertretung, den Radejke (Sprich: Radejche) gab, wird folgendes auch die Leser des „Vorwärts“ interessieren: Durch die Appellation gegen die durch das Militärgericht erfolgte Verurteilung des Parteigenossen A. Teranu ist erreicht worden, daß der Kassationshof das Urtheil aufhob, woraus Teranu auf freien Fuß gesetzt wurde.

Darauf beschloß man einstimmig, dem ungarischen Ministerium eine Resolution zu übersenden, worin dessen Vorgehen gegen die Sozialisten aufs schärfste verurtheilt wird.

Es folgten Berichte der verschiedenen Ortsvereine und dann ein Referat Radejke's über die Taktik. Er empfahl, die Partei solle überall, wo es thunlich ist, sowohl in den Klammern wie zu den Gemeindevahlen Kandidaten aufstellen, bei den Gemeindevahlen besonders im dritten Wahlkörper.

Nach einem Referat über die Bedeutung der Gewerkschaften, das Da Rin hielt, wurde beschlossen, eine dreigliedrige Kommission einzusetzen, die sich lediglich mit der Organisation von Gewerkschaften zu befassen hat.

Dann besprach Radejke die Agitation unter den Landarbeitern und Kleinbauern. Derselbe stehe ein dankbares Feld offen. Infolge der Einführung von landwirtschaftlichen Maschinen vollziehe sich auf dem Lande der Prozeß der Auflösung des Kleinbetriebes durch den Großbetrieb in großem Maßstabe.

Aus dem von Jonescu gegebenen Bericht über die Parteifinanzien ging hervor, daß es um dieselben nicht gut bestellt ist. Ein großer Theil der Parteigenossen kommt bei der Beitragszahlung seiner Pflicht nicht nach, wie es sein sollte.

Beim Punkt Internationalismus wurde von Atanasiu, Radejke, Edelstein, Gerra u. a. der Standpunkt der Sozialdemokratie klargestellt, die dabei hervorhoben, wie verderblich es wirkt, wenn sich durch die antimilitarische und chaudinische Hege auch Parteigenossen irre leiten lassen.

Beim Punkt Parteipresse und Druckerel wurde es den Parteigenossen zur Pflicht gemacht, um die weitestge Verbreitung des Parteiprogams bemüht zu sein und die Druckerel mit ihren Aufträgen zu unterstützen.

Dann wurden die Wahlen vorgenommen. In die Parteivertretung wählte man J. Radejke, G. V. Mortun, A. Atanasiu, Vancarianu und Tabacovic, in die Gewerkschaftskommission A. Jonescu, S. Auerbach und Alex. Da Rin.

Die Parteigenossen aus dem Wahlkreise Wittenberg-Schweinitz, die sich zur Zeit in Berlin aufhalten, werden gebeten, in der auf Mittwoch Abend nach Jubel's Lokal, Lindenstr. 106, einberufenen öffentlichen Versammlung zu erscheinen.

Für Parteizwecke gingen aus Widad ein: Von Dr. B. 20.—, Zimmerzahl 6,10. Waisiger Mann im Mond 15.—, Feiner David 13,10. Brand 1,70. Jacob 50.—, Heinrich 5,90. Woblan 3,80. A. Seifert 100.—, St. A. 15,60. Buchbinder 4.—, Wilhelm in Oberhohndorf 3.—, Vaurath 10.—, Rother Johannes 5.—, August M. 8,90. Wütcher und Brauer 11.—, Kampfgenoßen an der Platte 10.—, Durchgänger 1,60. Arb. B. J. 100.—, Jacob 2,50. Zimmerzahl 12,90. S. in P. 4,50. Ernst G. 5.—, Niederhohndorfer Gade 8.—, Großen 7.—, Hermann A. 11,55. Personal S. V. 20,90. Märzgenien 6,40. Heinrich 8.—, Heinrich R. 8,55. Märzblätter 89.—, Märzblättern 49,20. Heinrich L. 3.—, Adam Sam 8,50. Summa 609,60 M.)

Die Organisation der deutschen Sozialisten in Zürich zählte im letzten Berichtsjahre 174 Mitglieder. Die Einnahmen betrugen 2741,92 Fr., die Ausgaben 2497,30 Fr., der Kassenbestand sonach 244,62 Fr. Der Schriftleiter ist Richard Reindl (Vorsteher, Zürich IV, Clausstr. 42), Wilh. Kunth (Schriftführer) und S. Eichmüller (Kassier) wurden wiedergewählt.

Totenliste der Partei. In Chemnitz ist der wohlwährende Parteigenosse H. S. Brauns im Alter von 75 Jahren gestorben.

Polizeiliches, Gerichtliches etc.

Die Reaktion macht sich auch in Neuchâtel immer breiter. Unser dortiges Partei-Organ theilt mit, daß jetzt bei Versammlungen auf dem Lande der Punkt „Verschiedenes“ nicht mehr auf die Tagesordnung gesetzt werden darf, falls nicht speziell angegeben wird, was unter diesem Punkte verhandelt werden soll.

Zwei Prozesse wegen „groben Unfugs“ sind wieder gegen das „Vollblättchen für Halle“ anhängig. In dem einen Falle handelt es sich um die Mittheilung, daß ein Reich in Hohenhausen seinen Saal nicht zu Versammlungen hergäbe; in dem anderen Falle ist Anklage erhoben wegen der in Beziehung auf den Raumburger Plauerkreuz erfolgten Veröffentlichung der Warnung: „Zug ist fernzuhalten!“

Auf Requisition der Staatsanwaltschaft in München ist die „Mafise“-Nummer des „Münchener Volksboten“ in Berlin, Leipzig und vermuthlich auch noch anderen Orten beschlagnahmt worden.

Kommunales.

Die Vertragseinstwürfe mit den verschiedenen Straßenbahn-Unternehmern hat nunmehr der Magistrat fertiggestellt und wird sich die Stadtverordneten-Versammlung in ihrer nächsten Sitzung am Donnerstag mit denselben zu beschäftigen haben.

Es werden der Stadtverordneten-Versammlung zur Genehmigung unterbreitet: die Vertragseinstwürfe a) mit der Aktiengesellschaft Siemens u. Halle, b) mit dem Konsortium der sächsischen Vorortbahn, c) mit der Aktiengesellschaft „Kontinentale Gesellschaft für elektrische Unternehmungen in Nürnberg“, mit dem Berliner Dampfstraßenbahn-Konsortium, bestehend aus dem Eisenbahnbau-Unternehmer Hermann Bachstein und der Bank für Handel und Industrie.

Die Vertragseinstwürfe stimmen in den wesentlichen Punkten überein. Die Dauer der Zustimmung reicht bei sämtlichen Verträgen bis 31. Dezember 1919, welche befristlich auch in dem Betriebsumwandlungs-Vertrage mit der Großen Berliner Straßenbahn und der Neuen Berliner Pferdebahn vereinbart worden ist.

Abweichend von dem gedachten Betriebsumwandlungsvertrage ist in den jetzt vorliegenden Verträgen den fremden Unternehmern ein sehr weitgehendes Mitbenutzungsrecht eingeräumt worden. Als Fahrpreis ist in allen Verträgen der Einheitspreis 10 Pfennige festgesetzt.

Tokales.

Parteigenossen und Genossen! Am Dienstag, den 17. Mai, abends 8 Uhr, finden in drei Lokalen Volksversammlungen mit folgendem Referat statt: Die Bedeutung der Reichstagswahlen und die Frauen. Die Versammlungen werden abgehalten bei Halle, Demmevißstraße, in Keller's Pflanz, Koppentstr. 20, im Ködliner Hof, Ködlinerstraße.

Achtung, sechster Wahlkreis. Am Donnerstag, den 12. Mai, abends 8 Uhr, findet in der Norddeutschen Brauerei, Chausseestr. 58, eine Volksversammlung statt, in welcher der Reichstags-Abgeordnete J. Auer einen Vortrag hält: Was antwortet das deutsche Volk darauf, daß die Kornzölle weiter bestehen sollen? Genossen und Genossinnen! agitirt für zahlreichem Besuch der Versammlung auch in den Kreisen, welche sich bis jetzt noch nicht zu uns zählen. Erscheint vollzählig. Der Vertrauensmann.

Den Mangel an landwirtschaftlichen Arbeitern abzuheilen, bemüht sich der Berliner Verein zur Befreiung der Strafgefangenen. Dieser Verein hat sich befaßt mit der sehr löbliche Aufgabe gestellt, die Straftatklaffen zu einem geordneten Leben zurückzuführen, indem er ihnen, wenn sie aus dem Zuchthaus, dem Gefängnis, dem Arbeitshaus zu ihm kommen und ihn um Hilfe bitten, vor allen Dingen Arbeitsgelegenheit nachweist.

wirthen sehr rasch Verständnis und Anerkennung für seine Bestrebungen gefunden, und sein wachsender Eifer hat sich eines steigenden Erfolges zu erfreuen gehabt. In den acht Jahren 1889-96 wurden untergebracht: 2608, 2766, 3302, 2720, 2842, 3507, 3528, 3634 Straftatklaffen, davon als Landarbeiter: 736, 1413, 1729, 1986, 2206, 2741, 2711, 2778 Personen, das heißt 28,2, 51,1, 52,4, 72,9, 77,0, 78,2, 76,8, 76,4 pCt. aller Unterbrachten. In den letzten Jahren haben, wie man sieht, bereits über drei Viertel aller von dem Verein in Arbeit gebrachten Straftatklaffen als Landarbeiter Verwendung gefunden. Da sich aber noch lange nicht die Hälfte — z. B. 1896 nur 1606 = 44,2 pCt. aller Unterbrachten — nach ihrer bisherigen Beschäftigung als „Arbeiter“ (d. h. nicht bloß Landarbeiter, sondern überhaupt „Arbeiter“, also auch Fabrikarbeiter u. s. w.) bezeichnen, so können unter den aufs Land verschickten Straftatklaffen nur wenig Landarbeiter von Beruf gewesen sein. Es kann also zur Erklärung dieser von dem Verein an den Tag gelegten, verdächtigen Schwärmerei für das Land nicht — wie es versucht worden ist — darauf hingewiesen werden, daß damit ja nur der Strom der in die Stadt ziehenden Landarbeiter wieder aufs Land zurückgeführt werde. Die Leiter des Vereins erwidern die Unterdrückung auf dem Lande sei vor allem im Interesse der Straftatklaffen selber, die so den Versuchungen der Großstadt entzogen und vor neuem Straußeln bewahrt würden. Nun sind aber die meisten Pflegerlinge des Vereins weder schwere Verbrecher noch Gewohnheitsverbrecher. Aus dem Zuchthaus kamen z. B. 1896 nur 7,2 pCt. aller Unterbrachten.) Vielmehr handelt es sich nur um Personen, die wegen leichterer Vergehen zu kurzen Freiheitsstrafen verurtheilt worden sind. Diese Leute besitzen aber, daß sie durch die Haft meist ihre Stellung einbüßen, nach der Entlassung die sich ihnen bietende Gelegenheit, zur Arbeitsbeschaffung die Hilfe eines Arbeitsnachweises in Anspruch zu nehmen, der sie als Unbefähigte abweisen mühte. Auch solche Straftatklaffen glaubt man „den Versuchungen der Großstadt entziehen“ und unter die Landarbeiter stellen zu müssen! Liegt da nicht die Vermuthung nahe, daß es dem Verein bei dieser Deportation seiner Pflegerlinge mehr nur darum zu thun ist, die Großgrundbesitzer mit Arbeitern zu versorgen, — mit solchen, die nothgedrungen billiger und williger sind, als es die vor dem Junkerthum stehenden in die Städte geflohenen heimischen Arbeiter waren? Kästlich haben auch die Straftatklaffen zunächst einen gewissen Vortheil von dem Verein: sie finden durch ihn Arbeit, und das ist — begreiflicher Weise — den meisten fürs erste die Hauptsache. Die Hilfe, die ihnen dadurch geboten wird, ist jedoch selten von langer Dauer. Die meisten werden nur vorübergehend zur Vorkultur bezw. Ackerbau der Felder gebraucht und werden dann bald als überflüssig wieder entlassen. Die einheimischen Landarbeiter aber werden direkt dadurch geschädigt, da die billigeren Straftatklaffen als Preisdrücker wirken. Die Straftatklaffen tragen so mit dazu bei, neue Schaaren von Arbeitern vom Lande in die Städte und in die Industriegegenden zu treiben. Auf diese Weise haben schließlich selbst die Landwirthe keinen Nutzen von den Straftatklaffen, die ja zum größten Theile der Landarbeit unkundig und vielfach auch körperlich so heruntergekommen sind, daß sie keinen ausreichenden Ersatz für die verdrängten heimischen Arbeiter bilden können. Daraus erklärt es sich vielleicht auch, daß in der allerletzten Zeit die Bereitwilligkeit der Landwirthe, Straftatklaffen anzunehmen, doch nicht weiter zugenommen, sondern sogar wieder etwas nachgelassen hat. Müht übrigens den Straftatklaffen das Attentat, daß sie gegen die Freizügigkeit planen, dann brauchen sie sich überhaupt keine Straftatklaffen mehr kommen zu lassen. Dann sind „ihre“ Arbeiter nicht viel besser daran als die Strafgefangenen, die im Dienste des Krautjunkerthums Zwangsarbeit verrichten müssen.

Der Verein Freie Volksbühne hat soeben seinen Jahresbericht herausgegeben. Der im März 1897 wiedererstandene neue Verein ist in dem ersten Jahre seines Bestehens bereits stattlich angewachsen. Schon im ersten Quartal stieg die Mitgliederzahl auf 2440, drei Abtheilungen konnten gegründet, wenn auch noch nicht vollständig gefüllt werden. Bei Wiederaufnahme der Vorstellungen nach der sommerlichen Unterbrechung wurde rasch die dritte Abtheilung und weiterhin eine vierte und fünfte gegründet. Die Freie Volksbühne zählt gegenwärtig etwa 5100 Mitglieder und nähert sich damit der Zahl, welche der alte Verein zur Zeit seiner Blüthe erreichte hat. Die Vorstellungen fanden im ersten Quartal im Veltel-Theater und Thalia-Theater unter Türl's Leitung, im Winterhalbjahr im Friedrich-Wilhelmstädtischen Theater unter Regie des Herrn Direktor Samst und Herrn Ottomeyer und im Lessing-Theater unter Leitung des Regisseurs Herrn Baldow statt. Das künstlerische Niveau der einzelnen Vorstellungen war selbstverständlich ungleich, zum Theil jedenfalls durchaus befriedigend. Je mehr der Verein und damit seine Mittel wachsen, um so bessere Leistungen werden geboten werden können.

Ueber die finanzielle Lage des Vereins geben folgende Mittheilungen Anstus: Für das erste Spieljahr des neuen Vereins, in welchem fünf Abtheilungen ins Leben gerufen wurden, trotz der enormen Entlohnungsverhältnisse, trotz der Konkurrenz aller hiesigen Theater mit Nachmittags-Vorstellungen zu kleinen Kassenpreisen, betrug die Gesamteinnahme 34 976,88 M., und darf daher eine gute genannt werden. Vermindert haben sich unter den erschwerenden polizeilichen Bestimmungen, denen die Finanztechnik unterworfen ist, die Einnahmen gegen 1893/94 an Divergen. Ganz ist aber die beträchtliche Einnahmequelle verstreut, die dem Verein unter dem Titel „Extraarten“ noch 1893/94 2690,85 M. zuführten. Der Haupt-Einnahmebetrag resultirt aus den in den Zahlstellen verkauften Beitragsmarken, und zwar beträgt derselbe 20 606,60 M. Die Einnahmen aus dem Erlös der Monatshefte sind durch die günstigeren Verhältnisse, welche durch die Verlagsfirma Philips u. Sassenbach kostenlos geschaffen wurden, auf 1825,93 M. gestiegen. Den Einnahmen aus den Festveranstaltungen von 3815,15 M. steht eine Ausgabe in Höhe von 2979,06 M. gegenüber. Die Vorstellungskosten betragen bei 39 Vorstellungen:

Table with 2 columns: Year, Cost per performance. Data: 1897/98 600 M., 1891/92 501 M., 1892/93 681 M., 1893/94 801 M.

Die Nothwendigkeit der Freien Volksbühne für die Berliner Arbeiterschaft ist mit diesem Jahresbericht aufs neue dargelegt worden. Das Interesse, welches ihr im Proletariat entgegengebracht wird, und nicht zum wenigsten die tüchtige, geschickte Leitung, deren sie sich erfreut, geben Würdigkeit dafür, daß die Volksbühne der Zukunft getrostes Muthes entgegensehen kann. Im Wille wird aber nimmer vergessen bleiben, daß die preussische Regierung ihr Interesse für die Kunst bereits durch den Köller-Streich bethätigt hat, der tausenden Proletariats und Proletarierinnen die einzige Möglichkeit nahm, Herz und Geist im harten Kampf ums Dasein durch einen Trunk aus der Quelle des Schönen zu stärken!

Der „Bladderabatsch“, das politische Witzblatt, ist nunmehr 50 Jahre alt geworden, An einem Sonntag war es, am 7. Mai 1848, als sich „das Organ für und von Bummier“ mit den Verren einführte:

Im wunderschönen Monat Mai
Wo alle Blüten sprangen,
Da sind auf meiner Bummel
Die Augen aufeinander.

„Die Zeit ist umgefallen“, hieß es dann weiter. „Bladderabatsch“. Es folgte ein lustiger Aufruf, der mit den Worten schloß:

„Berliner, räumt die Hindernisse weg, die dem Erscheinen dieses Journals im Wege stehen.“

Nach gewohnter sorgloser Dummheit durch seinen scharfen, schlagfertigen Witz, durch seine politische Lyrik, die nicht selten durch Schwingung und Wärme sich auszeichnete, den Sinn der Berliner und bald eroberte der feste Patron ganz Deutschland. Die Namen der geistigen Leiter Böhm, Malich, Löwenstein, Scholz hatten volkstümlichen Klang gewonnen.

Aber nicht immer blieb das Sonntagskind, der Spötter und lustige Herrscher wider die Reaktion so lebhaft und unbedünnt, als es zu Anfang war. Der „Kladderadatsch“ vergah seinen geistigen Aufbruch und wandte sich der Macht, dem sieghaften Erfolg und später der Heroenverehrung zu. Damit mußte der scharf durchdringende Oppositionsgeist weichen und durch die Bismarckverehrung, durch die unbedingte Huldigung für eine Einzelpersönlichkeit mußte der unbehinderte freie Ton beeinträchtigt werden. Die Respektlosigkeit steht nun einmal im Blut des echten Dummers, sie verdrängt sich nicht mit der Heroenanbetung.

Auch die letzte Festnummer zeigt die jetzigen Gelehrten des „Kladderadatsch“ in der Bismarcklaube des „Kladderadatsch“. Von der überaus lebhaften Lustigkeit von ebendem ist diese Festnummer ziemlich fern. Es ist wahr, man ist gegenwärtig, wie ja der Trojaner Beweis, gegen die lustige Person unbarmherziger geworden, als zur normaligen reaktionären Zeit. Dies macht unsere Witzblätter stumpfer. Aber es ist auch ein gutes Stück der alten Kladderadatsch-Keckheit wirklich verloren gegangen. Deutlich drückt sich dies in den häufigen Klagen über die Dege Politik, in den Lobgefangen auf eine Bescheidenheit, die von Trivialität nicht sehr entfernt ist, aus. Es ist das ebenfalls ein Teil der sogenannten „Reichsverdrossenheit“, und seltener sind die glücklichen Momente, in denen der „Kladderadatsch“ gegen absolutistische oder politische Sonderlichkeiten seinen scharfen Protest ausstößt, wie ebendem.

Stadtverordneten-Vorsteher Dr. Langerhans ist am Sonnabend von einem Schwindelanfalle ergriffen worden. Sein Befinden soll jetzt zufriedenstellend sein, doch muß er noch das Bett hüten. Die Ärzte dringen darauf, daß er sich seinen vielfachen Beschäftigungen auf einige Zeit entziehe und Ruhe auf dem Lande suche. Seine Vertretung in den Amtsgeschäften hat Herr Nischelet übernommen.

Die moderne Kirchenbauerei. Auf über sechs Millionen Mark soll, wie in der vor einigen Tagen abgehaltenen Generalversammlung des evangelischen Kirchenbauvereins mitgeteilt worden ist, allein die Kirche mit der weggewiesenen Kameel-Inskription zu stehen kommen. Man sieht, daß die fromm gewordene Bourgeoisie sich die äußere Schaustellung ihrer Frömmigkeit etwas kosten läßt. Ueber den wahren Wert der modernen Gottesgläubigkeit erhält man einige Auskunft, wenn man sich vor Augen führt, daß sowohl in dieser Sechsmillionen-Kirche als auch in diversen anderen Berliner Gotteshäusern beim Aufbau Sabbatshändlungen begangen worden sind, daß es nur so krasse. Das Christentum des preussisch-deutschen Reiches, das sich ja in seinen Spigen um deswillen wesentlich an der Kirchenbauerei interessiert fühlt, weil dem Volk die Religion erhalten werden soll, mag aber eingeschätzt werden nach dem Eifer, mit dem es das notwendige Korrelat wenigstens der äußeren Frömmigkeit, die Sonntagsruhe durchschlägt. Während in Oesterreich 67 Ausnahmen in der gewerblichen Sonntagsruhe zulässig sind und in der Schweiz sogar nur 23, sind im Reiche der Gottesfurcht und frommen Sitte jetzt glücklich für 81 Industriezweige Durchlöcherungsbestimmungen geschaffen worden. Man vergleiche mit diesen Thatsachen den bougeoisen Eifer für tagende Gotteshäuser und man wird die moderne Frömmigkeit ohne viel Mühe richtig einschätzen können.

Eine Fremdenhose ganz wunderlicher Art wird in einigen staatsbehaltenden Blättern ins Werk gesetzt. Hier besteht ein böhmischer Turnverein „Sokol“, der jeden Donnerstag Abend in der Gemeindefabrik am Tempelhofer Ufer 20 seine Turnübungen abhält. Neulich wurde die falsche Nachricht kolportiert, daß das Stiftungsfest des Vereins, welches in Wahrheit in einem Privatsaal gefeiert wird, gleichfalls in der städtischen Turnhalle begangen werden solle. Was hier an Wahrheit und Dichtung nur bekannt geworden ist, giebt der konservativ-antisemitischen Presse Anlaß, über den Berliner Magistrat heranzuziehen, wie er es wagen könne, durch Vergabe städtischer Räume für ezechische Zwecke den Bestand des Deutschen Reiches zu erschüttern. Die Erbpächter deutsch-nationalen Empfindens fühlen garnicht, daß die Behörde der Reichshauptstadt sich mit den Deutschen-Heyern in Prag auf ein gleich tiefes Niveau begeben würde, wenn sie wirklich diesen das Ansehen Deutschlands schädigenden Karrenstreich ausführt. Ein hiesiges Blatt, die „Tägl. Rundschau“, treibt den Pöbel sogar so weit, daß es auch von dem Wirth, der seinen Saal zu dem Stiftungsfest hergiebt, verlangt, er solle nicht dulden, daß das Lokal bei der Gelegenheit von außen und innen mit ezechischen Farben geschmückt werde. Ist es ein Wunder, daß man im Auslande die Deutschen als eine Nation feiger Knechtsoefeln betrachtet, wenn man dort liest, wie die Berliner Musterpatrioten schon beim Anblick einiger bunter Lappen von nervöser Angst besessen werden?

Im Viktoriapark sollen auf Beschluß der Parthei-Deputation 15 Sitzbänke aufgestellt werden.

Der Pfingst-Jahrmarkt beginnt heute seine Wundenstadt in der Großen Frankfurterstraße und der Frankfurter Allee sowie in den Nebenstraßen: Köpenick, Friedenstraße, Landsberger Platz, Debusstraße u. s. w. aufzubauen. Die offizielle Eröffnung findet am Mittwoch früh, der Schluß desselben am Sonnabend statt.

Nach der Unfallstelle in der Jagowstraße strömten im Laufe des vorgestrigen Sonntags viele tausende von Neugierigen, welche die Trümmer des eingestürzten Hauses in Augenschein nehmen wollten. Auf Veranlassung der Polizei sind die Exter des stehengebliebenen Theils des Grundstücks, sowie die Decke des schiefeligen Restaurants abgeleitet worden, wiewohl eine unmittelbare Einsturzgefahr nicht vorliegt.

Die unglückliche Frau Hahn, welche bei dem Hauseinsturz in der Jagowstraße ihren einzigen Sohn verlor, hat in ihrem Leben bereits viele schwere Schicksalschläge durchmachen müssen. Als Kind einer angesehenen, jedoch verarmten Bürgerfamilie in der Nähe von Glogau genoss sie eine vorzügliche Schulbildung und fand, auf Erwerb angewiesen, als junges Mädchen Stellung auf einem Gute des bekannten schlesischen Grubenbesizers v. Krauska. Hier verlor sie mehrere Jahre hindurch den Posten einer Gesellschaftlerin und Stütze der Hausfrau. Dem stattlichen Mädchen, welches sich im Hause ihrer Herrschaft allgemeiner Beliebtheit erfreute, fehlte es nicht an Bewerbern. Sie schlug jedoch die ihr angebotenen Partien, darunter auch die mit einem nahen Verwandten des Hauses, einem in Sportkreisen sehr bekannten schlesischen Adels Herrn, aus und heirathete einige Zeit darauf den Ober-Steuerkontrolleur Hahn in Rysowitz, mit dem sie innige Herzensneigung verband. Nach einem kurzen Glücksaufschweif in der jungen Ehe der Unfriede ein, an dem jedoch lediglich der Gatte die Schuld trug. Er war sehr leichtfertig und rücksichtslos, vernachlässigte seine Berufspflichten und wurde dann auch wegen verschiedener Unregelmäßigkeiten seines Amtes entbunden. Die Eheleute lebten seitdem getrennt von einander. Frau Hahn nahm erst die Stelle einer Wirtschaftsvorwarterin in einem Krankenhanse an, während ihr einziges Kind, der bei der Katastrophe im Leben gelommene Armin, im Koramieser'schen Waisenhanse erzogen wurde und später auf die Realschule kam. Einen nicht unerheblichen Theil ihres Einkommens sowie ihres erparten Vermögens verwandte Frau Hahn darauf, um die von ihrem Manne gemachten Wechseln zu bezahlen. Es gelang der Schwiegermutter, ihre anstrengende Beschäftigung mit einer leichteren und angenehmeren als Repräsentantin im Hause des Fabrikbesizers Kolbmann, Mühlstraße 19, zu vertauschen, wo sie so lange blieb, bis eine kleine Pension sie in den Stand setzte, ganz der Erziehung ihres Sohnes zu leben. Dieser war von Jugend auf ein stiller, in sich gelehrter Mensch und hing an seiner Mutter mit der größten Hingebung. Sein schrecklicher Tod hat den Hoffnungen, welche die arme Frau auf ihn setzte, ein jähes Ende bereitet.

Einen Selbstmordversuch mit dem Bajonnet machte vorgestern, Sonntag, Nachmittag der Profilen-Führer Rich. Hegel aus der Grünhaldenstraße. Gegen 3 Uhr nachmittags waren seine Frau und sein 17jähriger Sohn in der Vorderstube, er allein im Hinterzimmer. Da ergrieff er ein altes Bajonnet, das in seinem Besitz war, und stieß es mit aller Wucht dicht unter dem Nabel in den Unterleib. Seine Angehörigen fanden ihn noch am Leben und liehen ihn schleunigst nach Berlin in ein Krankenhaus bringen. Ob er am Leben bleiben wird, ist sehr fraglich. Ärger über zerrüttete Verhältnisse war der Antrieb zur That.

Die Verbreiterung der Potsdamer Brücke ist jetzt auch in dem zwischen der Potsdamer Brücke und der Lützowstraße gelegenen Theile in Angriff genommen worden.

Straßenperrung. Die Weichenburgerstraße von der Vorkortbis zur Tresdowstraße einschließlich des Kreuzbannes wird behufs Umpflasterung vom 10. d. M. ab bis auf weiteres für Fuhrwerke und Reiter gesperrt.

Zwei gewerbemäßige Fahrrad-Diebe sind von der hiesigen Kriminalpolizei ermittelt und festgenommen worden. Es sind dies der 27jährige Arbeiter Thiele und der 23jährige Schlossergeselle Koch. Die beiden gingen in Ostwirtschäften hinein, wo sie von Besitzern abgestellte Räder stahlen. Hier arbeiteten sie Hand in Hand, während der eine stahl, suchte der zweite den hinzukommenden Bestohlenen zu einer Verfolgung nach einer falschen Richtung zu bereiten. Gelegentlich eines Diebstahls in der Hasenheide wurde Thiele verhaftet und so gelang denn auch die Ermittlung des zweiten Spitzbuben. Bei der Durchsuchung in den Wohnungen der beiden wurden fünf gestohlene Zweiräder beschlagnahmt.

In der Kranzer-Gasse todgefährdet wurde am Sonnabend Abend die 45 Jahre alte aus Osdorf im Kreise Ofterburg gebürtige Straßenhändlerin Anna Nagel, die unter zwei Fuhrwerke geriet. Auf der Unfallstation in der Kronenstraße, wohin ein Säugmann der 1. Bezirkswache sie brachte, starb sie bald nach der Einlieferung.

Wenn der Arbeiter alt geworden ist, mag er sich umbringen. Den Tod im Wasser suchte gestern Morgen um 5 Uhr der 48 Jahre alte Arbeiter Ludwig Schirmermeister aus der Havelbergerstraße 31. Der Mann hatte seit längerer Zeit keine Arbeit mehr und war, um seiner Frau und seinen drei Kindern etwas bringen zu können, Betteln gegangen. Hierbei sagte ein Säugmann ab und die Folge waren drei Wochen Haft. Mit dem Erkenntniß in der Tasche sprang der Verurteilte in den Humboldtschloß. Ein Säugmann und Schiffer retteten ihn und brachten ihn in ein Krankenhaus.

Arbeiter-Risiko. Ein schweres Unglück ereignete sich gestern Nachmittag gegen 2 Uhr in der Metalldruckwaaren-Fabrik von R. Buchholz, Oranienstr. 21. Ein Arbeiter, der bereits 25 Jahre in der Fabrik thätig gewesen ist, war im vierten Stock damit beschäftigt, ein mehrere Zentner schweres Faß an einer eisernen Kette hinunterzulassen. Während er sich vom Krüster aus nach dem Faße hinüberbeugte, verlor er das Gleichgewicht und stürzte auf das Pflaster des Hofes hinab, das Faß fauchte hinterher und zerschmetterte den Körper des Mannes vollständig, sodass dieser auf der Stelle getödtet wurde. Der Bedauernswürdige hinterläßt Frau und Kinder.

Die Sammelliste 3971, auf welcher 230 M. gezehnet waren, ist nebst Bonds, sowie Militärpaß und Lauschein verloren gegangen. Der Finder wolle die Papiere zc. bei Hermann Goerke, Klempner, Reichenbergerstr. 150, 3 Tr., abgeben. Der Vertrauensmann Erbe.

Orgelvortrag. Den Dienstlichen Orgelvortrag in der Marienkirche am Mittwoch, den 11. Mai, mittags 12 Uhr, werden Frau Vertund Plautsch, Frau Lotte Dienel, Herr Orgelmeister Leopold Hartmann und Herr Franz Schmidt unterrichten. Herr Dienel spielt u. a. das zweite Orgelkonzert von Pachelbel. Der Eintritt ist frei.

Feuerbericht. Sonnabend Abend 10 1/2 Uhr entstand Eudrstraße 46 in einer Tischerei ein Brand, der Holzabfälle und Kuchenhölzer einschloß. Sonntag früh 2 Uhr brannte Stettinerstraße 20 ein Bretterzahn. Nachmittags 2 1/2 Uhr mußte Steglitzerstraße 12 ein Kellerbrand abgelöscht werden, der allerhand Hausgeräthe und Gerinipel zerstörte. Infolge eines Wasserrohrbruchs wurde die Wehr abends 7 Uhr nach Georgenkirchstr. 32 gerufen. Kurz darauf erfolgte Alarm nach Breslauerstr. 23. Hier hatten Möbel Feuer gefangen, das auch den Fußboden und das Haus stark beschädigte. Eine Stunde später explodirte Birkenstraße 57 eine Flasche mit Salpetersäure, ohne jedoch Menschen zu beschädigen oder wesentlichen Materialschaden anzurichten. Am 10. Uhr erfolgte böswilliger Alarm nach dem Ringbahnhohe Weichenice. Der Thäter entkam. Montag früh 11 Uhr gingen Brunnenstraße 183 Gardinen und Möbelstücke in Flammen auf.

Aus den Nachbarorten.

In Stralau wurde bei der am 6. d. M. stattgefundenen Nachwahl zur Gemeindevertretung in der dritten Wahlabtheilung der Genosse Gustav Wöhe zum Weisenden gewählt. Der Wahlkampf war diesmal sehr heftig. Von 158 abgegebenen Stimmen fielen 91 auf unseren Kandidaten, 67 auf den Gegenkandidaten Wootsbauer Deutsch. Die Gegner, welche bis zur letzten Stunde im geheimen gearbeitet hatten, ersuchten am Tage der Wahl eine siederhafte Agitation. Den gegnerischen Kandidaten sah man in eigener Person, gleich einem Handwerksburschen, von Haus zu Haus gehen, um die Wähler zu veranlassen, ihre Stimme für ihn abzugeben. Besonders wurden die Geschäftsleute zu beeinflussen versucht. Bei der Stimmabgabe erschien der Gegenkandidat mit einem halben Duzend Vollmachten; von diesen wurde vom Wahlvorstand aber nur eine als gültig anerkannt. Die Gegner hatten für ihre Wähler die Parole ausgegeben, erst in der letzten halben Stunde der Wahlzeit ihre Stimme abzugeben, damit unsere Genossen getäuscht würden und während des Wahlatzes die Agitation nicht mehr so stark betrieben würde. Diese Schlanheit wurde aber durchsicht und demnach erst recht agitiert, so daß uns der Erfolg sicher war. Mit dem Genossen Wöhe zieht der zweite Sozialdemokrat in die Stralauer Gemeindevertretung ein. Wir werden uns diese beiden Siege so leicht nicht wieder entziehen lassen.

Ueber einen Eisenbahnunfall wird amtlich folgendes gemeldet: Am Sonntag bei Ausfahrt des Vorortzuges nach Königs-Wusterhausen um 7 Uhr 35 Min. nachmittags entgleisten aus bisher nicht aufgeklärter Ursache die letzten 3 Wagen; Verletzungen von Personen sind nicht festgestellt, der Betrieb wurde aufrechterhalten. Die Untersuchungen sind eingeleitet.

In der Stadtverordneten-Erskwahl für die erste Abtheilung, IV. Bezirk in Schöneberg, welche gestern Nachmittag stattgefunden hat, sind die Unabhängigen Sarré und Verusau gewählt worden.

Auf der Strecke der Nordbahn zwischen Station Reinickendorf-Rosenthal und Station Schönholz wurde gestern Mittag 1/2 12 Uhr ein Mann von einem Güterzuge überfahren und sofort getödtet. In seinen Taschen fand man einen Bittel mit dem Namen Hermann Hildebrand. Ob dies der Name des Ueberfahrenen ist, konnte zunächst noch nicht festgestellt werden.

Gerichts-Beilage.

Die nothwendig ist, daß die Eisenbahnarbeiter und Angestellten sich in kräftiger Organisation gegen die ungeheuerliche Ausnutzung, der sie unterworfen sind, zur Wehre setzen, beweist abermals ein gestern vor der ersten Strafkammer am Landgericht II verhandelter Fall. Wegen fahrlässiger Gefährdung eines Eisenbahntransportes in Verbindung mit fahrlässiger Körperverletzung waren der Hilfs-Weichensteller H. Pieper und der Stationsassistent K. Köster angeklagt. Am 15. Oktober v. J. mittags gegen 1 Uhr fuhr auf dem großen Rangirbahnhof Panlow ein von Stettin her einlaufender Güterzug auf einen Rangirzug. Es wurden zwei Lokomotiven und elf Wagen zerstört. Ein Bremser fiel aus einem Wagen heraus und verlor sich dabei leicht den Arm. Der Unfall ereignete sich bei dem „Stellwerke“ („Klohbude“ oder auch „Thurn“ genannt) P. K. S. Ursache war, daß hier eine Weiche falsch gestellt war. Der Güterzug sollte

auf Geleise VIII einfahren, war aber irrthümlicherweise auf Geleise VII übergeführt worden, auf welchem der Rangirzug stand. Das Stellwerk P. K. S., von welchem aus die Weichenstellung erfolgte, befand sich zur Zeit in einem theilweisen Umbau. Aus diesem Grunde war der Stationsassistent Köster nach dem Stellwerk beordert worden, um die Thätigkeit des Weichenstellers zu überwachen. Für den einlaufenden Zug hatte der Hilfs-Weichensteller Pieper die Weiche nicht korrekt gestellt, er hätte den Fehler vielleicht noch rechtzeitig bemerkt, wäre er nicht inzwischen auf eine halbe Stunde beurlaubt worden, um Mittagessen zu können; der Aufsichtsführende hatte aber den Fehler ebenfalls übersehen. Beide Angeklagte gaben diesen Thatbestand zu, Köster aber suchte für sich allein eine Anzahl von Entschuldigungsgründe geltend zu machen. Zunächst behauptete er, daß es Vorschrift sei, beim Umbau einer Station eine Spezial-Instruktion für den Weichenstellendienst zu erlassen. Eine solche Instruktion habe der zuständige Regierungs-Baurath Patzmann nicht erlassen. Ferner sei der Dienst so geregelt gewesen, daß er alle menschliche Kraft übersteige. Der Dienst war in zwei Schichten eingetheilt. Ein Beamter hatte von 6 Uhr abends bis 6 Uhr früh, der andere umgekehrt während vollen 12 Stunden am Tage Dienst. Innerhalb 24 Stunden waren 180 Züge zu bedienen, davon fielen auf die 12 Tagesstunden 84 Züge. Und während dieser 12 Stunden gab es keine einzige Pause, es sei nicht einmal möglich gewesen, Mittagbrot zu essen. Außerdem sei es Vorschrift, daß sich in der Stellbude nicht mehr als zwei Menschen aufhalten dürfen, damit die Ruhe und die Aufmerksamkeit nicht gestört wird. Jedoch sei um die Stellbude herum zu jener Zeit rastlos gebaut worden. Von früh bis abends sei unmittelbar neben der Bude ununterbrochen Eisen gefügt, gefeilt und gehämmert worden, so daß der Dienst ungemein erschwert wurde. Dieses Geräusch der Arbeit in Verbindung mit dem aufregenden Dienste und der Thatsache, daß er von 6—1 Uhr mittags nicht einmal eine Mahlzeit habe einnehmen können, habe ihn in einen so hohen Grad nervöser Ueberanstrengung versetzt, daß seine Unerkennbarkeit erklärlich werde. Die beiden als Sachverständige zugezogenen Regierungsbaumeister Böttcher und Patzmann erklärten zunächst, daß der Umbau der Station nur klein gewesen und eine Spezialinstruktion nicht erforderlich gewesen sei. Die zwölfstündige Dienstzeit sei keineswegs als Ueberanstrengung zu erachten. Zunächst brauche sich der aufsichtsführende Assistent nicht in der engen Stellbude aufzuhalten, er könne sich auch im Freien aufhalten. Wenn auch keine Ablösung in den zwölf Stunden des Dienstes erfolge, so gebe es doch Pausen genug. In 8—9 Minuten sei durchschnittlich nur ein Zug abzufertigen und da oftmals mehrere Züge zugleich einlaufen und befördert werden, so ergäben sich zuweilen Pausen von 1/4, 1/2, bis 3/4 Stunden. Dieser Dienst sei demnach nicht anstrengend. Der Angeklagte Köster und die Verteidiger stellten dem entgegen, daß nicht allein die Züge zu befördern, sondern auch drei Morse-Telegraphen und zwei Telephon zu bedienen seien. Die Bedienung dieser Apparate, welche fast unausgesetzt in Anspruch genommen würden, lasse eine Pause gar nicht zu, und wenn wirklich einige Minuten frei blieben, dann wäre es sicher kein Genug, die Bude zu verlassen und sich unmittelbar neben das Geräusch des Eisenfeilens und Hämmerns zu stellen. Durch Fragen der Verteidiger wurden die Sachverständigen überdies veranlaßt, zuzugeben, daß nach dem inframittigen Unfall veranlaßt wurde, daß jeder Zug vor dem Vorfahrt halten müsse, bis er das Einfahrtssignal erhalte. Einer der Zeugen, Assistent Kurzrod erklärte, daß er 24 Jahre Beamter sei, doch einen gleich aufreibenden Dienst wie diesen niemals kennen gelernt habe. Dasselbe bestritten andere Zeugen. Staatsanwalt Emy erachtete diesen Dienst durchaus nicht für anstrengend, denn Richter und Staatsanwälte mühten auch oft so lange anzuhalten. Rechtsanwalt Seeler beantragte für Pieper Freisprechung, weil dieser abbeordert worden sei, ehe das Unglück geschah. Der Verteidiger des Köster, Rechtsanwalt Schmitzsch, erklärte, daß sich hier einmal so recht drastisch gezeigt habe, wie die Herren von grünen Tisch die praktischen Verhältnisse beurtheilen. Er sei überzeugt, daß wenn dieselben Herren nur einmal dergleichen Dienst thun müßten, sie anderer Meinung werden würden. Im übrigen plädirte er für Anwendung des schwereren Paragrafen der fahrlässigen Körperverletzung, weil dieser eine Geldstrafe zulasse, während auf die fahrlässige Gefährdung eines Eisenbahntransportes nur Gefängniß stehe. In diesem Sinne sprach auch der Gerichtshof die Sache auf und erkannte gegen Pieper auf 30 M., gegen Köster auf 60 M. Geldstrafe.

Hymen und Themis. Der Schneider Sch. war vom Schöffengericht zu einer Gefängnißstrafe verurtheilt, weil er bei einer Schlägerei, die sich auf dem Heimwege vom Tanzboden entsponnen hatte, einem der Teilnehmer eine erhebliche Körperverletzung beigebracht haben sollte. Er legte Berufung ein. Vor der IV. Strafkammer am Landgericht II erschien Sch. durch den Hauptzeugen — den Verletzten — schwer belastet, während ein Entlastungszeuge dem Gerichtshof so wenig glaubwürdig vorkam, daß von dessen Verteidigung abgesehen wurde. Es hatte den Anschein, als ob das Urtheil entschieden zu ungünstig des Angeklagten ausfallen würde. Der Staatsanwalt beantragte Verwerfung der Berufung. Da ließ der Angeklagte, als ihm der Präsident das Schlußwort erteilte, durch den Mund seines Verteidigers vernehmen, er wolle sich in den nächsten Tagen verheirathen, und bei dieser Gelegenheit würde es einen schlechten Eindruck machen, wenn er mit einer Gefängnißstrafe belegt werde. Er bitte deshalb, ihn nur zu einer Geldstrafe zu verurtheilen. Diese eigenartige Begründung einer Bitte um Strafmilderung rief bei den ersten Richtern ein heiteres, gutmüthiges Lachen hervor. Selbst die strengen Züge des wehrhätigen Staatsanwalts überflog ein Strahl wohlgefälligen Lächelns. Als sich die Thür des Verhandlungsraumes hinter den Richtern geschlossen hatte, waren von dort aus auf einen Moment laute ungewohnter Heiterkeit bemerkbar. Nun ist zwar eine Eheverbindung kein Strafmilderungsgrund und die blinde Göttin der Gerechtigkeit läßt sich auch durch die Fürsprache des Ehegottes nicht beeinflussen, aber der Gerichtshof hatte aus der Verhandlung die Ueberzeugung gewonnen, daß der Angeklagte zwar seinen Gegner geschlagen habe, daß er aber die ihm zur Last gelegte Körperverletzung nicht begangen haben könne. Unter diesen Umständen fand die Bitte des Angeklagten Gehör, er kam mit einer Geldstrafe von 30 M. davon und kam nun, ohne mit einer Gefängnißstrafe belastet zu sein, in den Ehestand treten.

Wahlversammlungen.

Die Redefreiheit in konservativ-antisemitischen Versammlungen. Am Sonnabend tagte in dem Germania-Saal eine Versammlung reichstreuere Wähler des sechsten Wahlkreises. Auf den Säulenplakaten war in fetter Schrift zu lesen: Mitglieder anderer Parteien sind als Gäste willkommen. Es hatten sich denn auch außer den Getreuen Stöcker's eine beträchtliche Anzahl Sozialdemokraten eingefunden, meistens jüngere Parteigenossen, die wohl die „Redefreiheit“, welche Gegner in Stöcker'schen Versammlungen genießen, noch nicht an eigenen Leibe kennen gelernt hatten. Hofprediger Stöcker sprach über das Thema: „Wie kann die Reichshauptstadt vom Joch der Sozialdemokratie befreit werden?“ Er leistete natürlich sein möglichstes in Entstellungen und Verdrehungen unserer Ziele und Bestrebungen und suchte unter anderen auch Liebtüchelt Ueberlich zu machen, indem er einzelne aus dem Sinne des ganzen herausgerissene Sätze der Liebtüchelt'schen Reichstagsrede über die Utopienpolitik vortrug. Er behauptete dann, daß die Arbeiter nicht mehr, wie in der Wählzeit der Berliner Bewegung, in seine Versammlungen kommen. Sie würden gewiß in hellen Haufen das Banner der Sozialdemokratie verfluchen, wenn er, Stöcker, nur an sie herankommen könnte, um den armen verführten Schäfchen die Augen zu öffnen und ihnen die Wolfenatur ihrer Führer zu zeigen. Aber die

Schreckensherrschaft in der Sozialdemokratie gehe ja so weit, daß man den Arbeitern verbiete, in gegnerische Versammlungen zu gehen, damit sie nur ja nichts anderes zu hören bekommen und sich von den übrigen Volksteilen absondern. Diese Behauptung wurde sofort durch Thatsachen widerlegt. Mehrere unserer Parteigenossen nahmen das Wort. Sie wurden jedoch von den Reichstreuen fortgeführt durch Zwischenrufe und wilden Lärm unterbrochen. Der Vorsitzende, Rechtsanwalt Ulrich, gab sich zwar den Anschein, als ob er die Unbefreiheit schätze, jedoch unterbrach er jede, den Stöckerfreunden unbecommene Kritik mit der Bemerkung, daß der Redner nicht zur Sache spreche. Unter diesem Vorwand wurde dem ersten unserer Redner, einem Wäcker, der unter Hinweis auf den konservativen Ansturm gegen die Väterzeit-Verordnung die Nothwendigkeit derselben zu begründen suchte, die weitere Erörterung dieses Punktes untersagt. Ein anderer, der in durchaus parlamentarischer Weise diese Art der Geschäftsführung zu kritisieren wagte, mußte unter dem Loben der Reichstreuen abtreten. Einem dritten, der in scharfen Worten gegen die Kirche zu sprechen begann, wurde das Wort entzogen. Aus der Versammlung rief man ihn Schimpfworte zu, wie: „Lümmel“, „frecher Bube“, „grüner Junge“. Der Esel des Vorsitzenden ging sogar so weit, daß er seine eigenen Parteigenossen vor den Kopf stieß. Ein Mann, dessen Aeußeres ungewissenhaft den Arbeiter erkennen ließ, wollte einen Geschäftsordnungsantrag stellen. Der Vorsitzende, wohl von der richtigen Annahme ausgehend, daß ein leidenschaftlicher konservativer Arbeiter eine feltener Erscheinung ist wie ein weißer Hase, fragte den Antragsteller, ob er einer der reichstreuen Parteien angehöre, nur unter dieser Bedingung dürfe er einen Geschäftsordnungsantrag stellen. Der Mann schien diese Frage nicht zu verstehen, er gab keine bündige Antwort und erhielt das Wort nicht. Bekränkt verläßt er den Saal und sagt zu einem ihm nachfolgenden Anhänger Stöcker's, er habe bisher stets konservativ gewählt, nachdem ihm aber hier eine solche Behandlung widerfahren, werde er am 16. Juni für Liebknecht stimmen. Der Stöckerianer, über den unerwarteten Verlust eines wirklichen Arbeiters aufgeregt, machte dem Vorsitzenden Vorhaltungen wegen seines Verhaltens, derselbe verbiß sich aber jede Kritik. Ein anderer, anscheinend nationalliberaler Redner machte im Laufe seiner Ausführungen die Bemerkung, es habe den Anschein, als ob König Friedrich Wilhelm III. nur äußerlich ein frommer Christ gewesen sei. Diese Verleumdung gegen die allerheiligsten Gefühle eines Konservativen veranlaßte den Vorsitzenden, den Redner zu rügen, denn er könne nicht dulden, daß man einem Hohenzollern nachsage, er sei nur äußerlich ein Christ gewesen. Volk's Rede- und Schimpffreiheit genossen nur die Redner, welche sich in Verunglimpfungen und längst veralteten Verleumdungen der

Sozialdemokratie ergingen. Der Vater der Berliner Bewegung braucht sich wahrlich nicht zu wundern, wenn die Sozialdemokraten darauf verzichteten, von dieser Art der Redefreiheit, wie sie ihnen hier gestattet wurde, Gebrauch zu machen.

Stralsund. Eine öffentliche Parteiversammlung für den Kreis Rieder-Varnin tagte Sonnabend, den 7. Mai, in der „Victoria-Bräuerei“, zu welcher sich die Genossen des Kreises zahlreich eingefunden hatten. Unser Kandidat, Genosse Stadthagen, hatte das Referat übernommen. Derselbe kritisierte die Thätigkeit des jetzt geschlossenen Reichstages und wie es die herrschenden Klassen verstanden haben, durch die Klinte der Gesetzgebung für sich Vortheile herauszuschlagen. Besonders scharf wandte sich der Redner gegen die in Szene gesetzte Kolonialpolitik, welche nur dazu diene, um den Unternehmern auf Kosten der Allgemeinheit neue Gewinne in den Schooß zu werfen. Bis jetzt hätten Vertreter dieser Politik, wie Peters, Leist und Behlan, nur Schmach und Schande über den deutschen Namen gebracht. Nur den Bemühungen der Sozialdemokraten sei die Aufhebung der von diesen Leuten verübten Schandthaten zu danken. Wenn sich die Großindustriellen und Junker auch in wirtschaftlichen Fragen als Gegner gegenüberstehen, so gehen sie doch Hand in Hand, wenn es gilt, der Arbeiterklasse neue Lasten und Bedrückungen aufzuerlegen. Auch jetzt plane man wieder einen neuen Zug gegen das deutsche Volk, man verlange Aufhebung der Freizügigkeit, Abschneidung des Koalitionsrechts, Erhöhung der Zölle, und die Regierung stehe allem diesem sympathisch gegenüber: ja man denke sogar an eine Beschränkung des Reichstags-Wahlrechts. An den Wählern liege es nun, ob die Wünsche der Reaktion erfüllt werden sollen oder nicht, und es sei Pflicht jedes Genossen, in seinen Kreisen mit allem Eifer zu agitieren, um der Sozialdemokratie bei der bevorstehenden Wahl zum Siege auf der ganzen Linie zu verhelfen. Durch Krieg zum Siege, Prausender Beifall folgte den Ausführungen des Redners. Vom Genossen Hempel wurde empfohlen, der Sammlung der Gegner die Sammlung der Arbeiter unter der Fahne des Sozialismus entgegenzustellen. Bei der sodann erfolgten Wahl eines Central-Ausschusses für den Kreis Rieder-Varnin wurden die Genossen Kreis- und Liebe, Friedrichsberg, Kaul, Friedrichsfelde und Ritter und Pramschüfer einstimmig gewählt.

der Regelung der Streik- und Reise-Unterstützung Befassen soll. Nach längerer Debatte beschloß die Versammlung, den Kongreß zu beschließen und wählte Plath als Delegirten und Jernide als Stellvertreter. Müller erklärte, daß er sein Amt als beurlaubter Vertrauensmann niederlege, da er wieder in Arbeit tritt. Zu Revisoren wurden Weigert und Haupt bestimmt und Strauß und Devis als Kandidaten für die Gewerbegelehrtenwahl nominiert. Hierauf fand eine kurze Besprechung über den bereits erledigten Streik bei der Firma Wache in Leipzig statt. Zum Schluß forderte Müller in einigen kräftigen Worten zur lebhaften Theilnahme an der Reichstagswahl-Agitation auf.

Die Konditionen (Centralverband) hielten am 6. d. M. ihre Mitglieder-Versammlung ab, in der Faber über die Zwangs-Zimmungen und Gesellenauschüsse sprach. Sodann giebt der Kassirer den Kassenbericht; ihm wird Decharge erteilt. Die nächste Versammlung findet am 20. d. M. im Vereinslokal statt.

Im Verein der Plätterinnen hielt am 8. Mai Herr Koyke einen beifällig aufgenommenen Vortrag. Diskussion fand nicht statt.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet am Montag, Donnerstag und Freitag von 6 bis 7 Uhr abends statt.
 3. 100. 1. Kein. 2. Ja.
 Eine Streitsache. Ist absichtlich geschehen, um die gewünschte Sprechstunde des Erzählers zu kennzeichnen.
 D. 22. Entschuldigen Sie sich schleunig nachträglich und erkundigen sich auf der Gerichtsschreibererei. Es wird Ihre Verhaftung oder Vorführung beschließen sein.
 V. G. Kein.
 1000 Geivol. Sie müssen ärztlichen Rath einholen.
 Barbier 98165. Wiederholen Sie Ihre Anfrage.

Witterungsübersicht vom 9. Mai 1898, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Windstärke	Temper. in C. u. F.	Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Windstärke	Temper. in C. u. F.
Zwischen	759	SW	3 bis 6	12	Düsseldorf	752	SW	1	10
Darmstadt	758	SW	3	11	Berlin	750	SW	1	10
Berlin	761	SW	3	11	Köln	767	SW	3	13
Wiesbaden	763	SW	1	10	Bremen	761	SW	3	13
München	764	SW	3	11	Paris	764	SW	2	12
Wien	762	SW	3	11					

Weiter-Prognose für Dienstag, 10. Mai 1898.
 Glemlich trübe mit leichten Regenfällen, mäßigen westlichen Winden und wenig veränderter Temperatur.
 Berliner Wetterbureau.

III. Wahlkreis.
 Freitag, den 13. Mai, abends 8 Uhr:
Volks-Versammlung
 im Konfessionsständischen Concertsaal, Alte Jakobstraße 57.
 Tages-Ordnung:
 1. Die bevorstehende Reichstagswahl. Referenten: Reichstags-Abgeordneter Paul Singer und der Reichstags-Kandidat Wolfgang Heine.
 2. Diskussion.
 Um recht zahlreiches Erscheinen ersucht Das Wahlkomitee.
 213/11

V. Berliner Reichstags-Wahlkreis.
 Mittwoch, den 11. Mai, abends 8 1/2 Uhr:
Volks-Versammlung
 in der Brauerei Friedrichshain (früher Lipß).
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Paul Singer: „Das Volk und die Wahlen.“
 2. Diskussion.
 Alle Wähler des fünften Wahlkreises sind eingeladen.
 Das Wahlkomitee.
 217/2

Achtung! VI. Wahlkreis. Achtung!
 Donnerstag, den 12. Mai, abends 8 Uhr:
Volks-Versammlung
 in der Norddeutschen Brauerei, Chausseestraße 58.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Ignaz Anor: „Was antwortet das deutsche Volk darauf, daß die Kornzölle weiter-bekleben sollen?“
 2. Diskussion.
 Parteigenossen und Genossen, Wirbher! Es gilt zu zeigen, daß wir mit der Antwort der Regierung nicht einverstanden sind, deshalb erscheint vollständig in der Versammlung und agitirt trotz für den Besuch derselben.
 Der Vertrauensmann.
 219/13

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 6. Berliner Reichstags-Wahlkreis.
Versammlung
 Dienstag, den 10. Mai, abends 8 1/2 Uhr, in Wernau's Lokal, Schwedterstraße 23.
 Tages-Ordnung:
 1. Die bevorstehende Reichstagswahl und die Aufgaben unseres Wahlvereins. Referent: W. Liebknecht. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten. 4. Beschiedenes.
 Zutritt für jedermann. Der Vorstand.
 NB. Die Bezirksführer werden ersucht, ihre noch nicht verkauften Urnau-Billets an die Arbeitslosen-Unterstützungskommission, damit dieselben noch in den Wahlstellen verwendet werden können.
 Alle Anfragen, den Wahlverein betreffend, sind an den Genossen Kiesel, Kolbergstr. 2, zu richten.
 246/19 D. O.

Volks-Versammlung für Rummelsburg-Boxhagen u. Kiech-Rummelsburg
 heute, Dienstag, abends 8 Uhr, im Lokal des Herrn Weigel, Türschmidtstraße 45
 Tages-Ordnung:
 1. Die bevorstehende Reichstagswahl. Referent: Johann Sassenbach.
 2. Diskussion. 3. Wahl eines Lokal-Wahlkomitees.
 Um zahlreiches Erscheinen bittet
 Der Vertrauensmann.
 223/4

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
 Verwaltungsstelle Berlin.
 Mittwoch, den 11. Mai, abends 8 1/2 Uhr, in Nauenberg's Salon, Cranicstr. 180:
Bezirks-Versammlung für Süd-Ost.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Kollegen Otto Näther über: Zweck und Ziele der Gewerkschaften. 2. Diskussion. 3. Wahl des Bezirksleiters. 4. Vereinsangelegenheiten und Beschiedenes.
 Die Kollegen und Kolleginnen werden dringend ersucht, zahlreich und pünktlich zu erscheinen.
 Die Bibliothek des Verbandes befindet sich im Restaur. Wärschel, Jüdenstr. 35. Derselbe ist geöffnet jeden Abend von 7 1/2 bis 9 Uhr. Sonn- und Feiertage geschlossen.
 Die Ortsverwaltung.
 112/3

Guhhandlung Vorwärts, Berlin SW., Genth-Strasse 2.
 Soeben erschienen:
Handbuch für Sozialdemokratische Wähler.
 Eleganter Bänderband.
 20 Bogen stark. Preis 3 Mark. Porto 20 Pfg.
 Das „Handbuch“ bietet, unter sozialdemokratischem Gesichtspunkt, nicht bloß eine Kritik aller bürgerlichen Parteien und aller Gesetzes- und Steuerentwürfe, die seit 1893 dem Reichstag vorgelegt wurden und somit eine Geschichte des letzten Reichstags, sondern es liefert auch reiches Material zur Beurtheilung unserer ganzen politischen Zustände und widerlegt alle die landläufigen Einwendungen gegen die Sozialdemokratie.

Achtung! Töpfer. Achtung!
 Donnerstag, den 12. Mai, abends 6 1/2 Uhr:
Vertrauensmänner-Sitzung
 bei Schiller, Rosenthalerstraße 57.
 Die Antwort der Innung auf unseren Vorkämpf.
 Andere gewerkschaftliche Angelegenheiten.
 Es ist möglich, daß jeder Bau vertreten ist.
 Der Vertrauensmann.
 193/7

Tapezierer.
 Heute, Dienstag, den 10. Mai, abends 9 Uhr präz., findet Inselstr. 10 bei Stabernad eine komb. Versammlung der Filialen N. und S. des Verbandes der Tapezierer und verw. Berufsge nossen statt. Tages-Ordnung: 1. Bericht der Agitationskommission. 2. Bericht der Arbeitslosen-Unterstützungskommission. 3. Bericht der Bibliothekare. 4. Vereinsangelegenheiten.

Achtung! Schuhmacher. Achtung!
Große öffentliche Versammlung
 am Mittwoch, den 11. Mai, abends 8 Uhr, im Lokal Königsbau, Große Frankfurterstr. 117.
 Tages-Ordnung: 1. Geschäfts- und Kassenbericht vom 4. Quartal 1897 und 1. Quartal 1898. 2. Bericht vom Kongreß im Rat. 3. Wahl von zwei Beisitzern zum Gewerbegelehrten.
 171/18

Achtung! Landmannschaft Wittenberg-Schweinitz.
Öffentliche Versammlung
 am Mittwoch, den 11. Mai, abends 8 Uhr, bei Zabel, Lindenstr. 106.
 Tages-Ordnung:
 1. Die Agitation zur Reichstagswahl im Kreise Wittenberg-Schweinitz. Referent: Genosse Rohrlack. 2. Diskussion. 3. Beschiedenes.
 Zahlreiches Erscheinen der Landleute erwartet.
 Der Einberufer.
 265/20

Verein der graph. Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands. (Filiale Berlin L.)
 Donnerstag, den 12. Mai 1898, abends 8 1/2 Uhr, bei Hoffmann, Alexanderstr. 27c:
Außerordentliche General-Versammlung.
 Tages-Ordnung: 1. Kassenbericht. 2. Jahresbericht der Verwaltung. 3. Bericht der Arbeitslosen-Unterstützungskommission. 4. Bekanntgabe des Wahlergebnisses und Bormahme einer Sitzung. 5. Beschiedenes.
 Zutritt nur gegen Mitgliedsbuch.
 Um pünktliches und zahlreiches Erscheinen ersucht
 Die Verwaltung.
 96/14

Sozialisten. Anarchisten.
 Mittwoch, den 11. Mai, abends 8 1/2 Uhr:
Volksgesammlerung
 im Gesellschaftshause, Zwinemünderstraße 42.
 Die Reichstagswahlen.
 Referent: Gustav Landauer.
 344/6

Sonnabend: Rest-Verkauf!
Anzug-, Paletot-, Hosen-Stoffe.
Brenner & Cie.,
 Alte Jakobstrasse No. 57-59.

A. Schulz,
Möbel- und Polsterwaaren-Fabrik
 gegründet 1878
Reichenberger Strasse 5,
 zwischen Kottbuser Thor und Ritterstrasse.
 Sehr grosses Lager 49822*
Bürgerlicher Wohnungs-Einrichtungen
 in Nussbaum u. Mahagoni v. 240, 300, 400, 500, 600, 800-10 000 M.
 in nur anorkannt gediegener Ausführung. T. A. IV. No. 2395.

B. Günzel, Lothringerstr. 52. Spezialität: Porzellan
 Soziale, Waag, etc. in Cigarrenspitzen, Pfeifen, Nadeln, Broschen, Knöpfen, Wäffeln, Bildern u. dgl., sowie jede Drechslerwaare u. Repar. (Man verl. Preisverantw.)

Die Möbel-Fabrik
Grosser Möbelverkauf. Neue Schönhauserstr. 2
 (früher Rosenkranzstr. 13)
 liefert bürgerliche Wohnungs-Einrichtungen schon von 150 M. an. Auch gebe ich Einrichtungen auf Theilzahlung. Lager gebrauchter und vertheilt gewesener Möbel. Eigene Tapezier- u. Dekorations-Workstatt. Transport durch eigene Gespanne, auch nach außerhalb. (4987L)

Carl N. Klippstein & Co.
 Wollerei und Versand-Geschäft
 Mählhausen
 1. Thür. No. 11.
 Grunfide, Hauskleiderstoffe:
 Roland Cheviot,
 Herren-Anzug- u. Kleiderstoffe; unsere unverwundlichen u. schiffartigen Spezialitäten sind:
 * was vielfache Anerkennungen bewiesen, unerreicht.
 Unvergleichliche Collection von Damen- und Herrenstoffen, sowie Portieren steht auf Wunsch franco aus Verfügung.

Orts-Krankenkasse der Tischler!
 Den Mitgliedern zur Nachricht, daß als Spezialarzt für Hydrotherapie etc. (Naturheilmeisterei) folgende Herren Kräfte angeheft sind:
 Dr. Weyl, Glatzerstr. 97.
 Dr. Parow, Prinzenstr. 40.
 Dr. Böhme, Schützenstr. 63.
 Dr. Simonson, Schöneberg, Hauptstr. 52.
 Der Vorstand.
 344/9

Zempel-Fabrik von Robert Hecht,
 Berlin S., Cranicstr. 142.
 liefert schnell und billig alle Arten Zempel in jeder Ausführung.

Todes-Anzeige!
 Nach langen, schweren Leiden verstarb meine liebe Frau
Mina Bähr
 am 9. d. M. Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 11. d. M., nachm. 5 Uhr, von der Leichenhalle des Biondschuldes in Weihenice ans statt.
 Die trauernden Hinterbliebenen.
Kranzbinderer u. Blumenhandlung von 50450*

Möbel Theilzahlung.
J. Kellermann, Jacobsstr. 26.
Wirthschaftsgeschäft,
 gangbar, guter Umsatz, umständelhaft, preisw. sol. u. verl. Ghornerstr. 32.
Fahrräder, erhaltene, Reparatur, Franz Slange,
 Coppelstr. 7, 1 Tr. - Tel.: IV, 3311.

Robert Meyer,
 No. 2. Mariannenstr. No. 2.
 Wismuth-Prünze, Gutlanden, Wallstränken, Bouquets etc. werden sehr geschmackvoll und preiswerth geliefert.
Blumenhandlung
 P. Abromeit, Berlin SW., Cranicstr. 11.
 Kränze, Bouquets, Topf-gewächse, Guirlanden etc. Billigste (Maritalken-) Preise bei geschmackvoller Ausführung.

Haut- und Harnleiden
 heilt gründl. Homöop. Haedecke, Rosenthalerstr. 23. 9-11, 3-5.
Möbel
 vertieft gewesene und neue, stannend billig, Theilzahlung gestattet. Benannt ohne Anzahlung. 49950*
Neue Königstraße 59
 und **Gneisenstraße 15.**
Wurftbuden!
 neß Tanzsaal mit Buffet im Restaur. „Parthogen“ d. d. Gaienhöhe nach möglich zu verpachten. 34330
 Seger, Rixdorf, Hermannstr. 25.
 Produktionsgeschäft billig zu verl. bei Jacob, Coppelstr. 11. (34355)
 Waffelbaker 12 Bin. D. 2. 0.70 für 8 M. bei D. Wäff. St. Rarstr. 4a.
 Rochstr. 20 d. Ziesloch Schaffst. f. 2 G.

Eberswalde,
 Victoriastr. 34,
 Restauration u. Fremdenlogis
 von August Schulz.
 Vereine können angenehmen Raucher machen. 49182*
Vereinsszimmer z. verg. Alexanderstr. 27 (Lokal) 34455

An die Frauen und Mädchen des werktätigen Volkes!

In wenig Wochen finden die Wahlen zum deutschen Reichstag statt. Stimmenfälligkeit erinnern sie Euch daran, daß die deutschen Frauen politisch Rechtlose sind.

Die Sozialdemokratie ist die einzige Partei in Deutschland, welche die Forderung der Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts in ihr Programm aufgenommen hat.

Deshalb Genossinnen, Frauen und Töchter des werktätigen Volkes, mach Eure Lösung für Eure Thätigkeit beim Wahlkampf nicht nur lauten: Gegen die Reaktion, sondern weiter: Für die Sozialdemokratie.

Die Vertrauensperson für Deutschland. Die Redaktion der „Gleichheit“.

Alle Arbeiterblätter werden freundlichst um Abdruck gebeten.

Abgeordnetenhaus.

75. Sitzung vom 9. Mai. 11 Uhr.

Am Ministerische: Dr. v. Miquel, Dr. Soffe.

Die Vorlage betreffend die Bewilligung weiterer 5 Millionen zum Bau von Arbeiterwohnungen steht zur zweiten Lesung.

Abg. Dr. Trendl (frk.) giebt seiner Freude über die Vorlage Ausdruck. So gern er die Bedeutung des großstädtischen Hausbesitzes anerkenne, so notwendig sei die Vorlage und so bedeutsam der soziale Einfluß, den sie ausübe.

Die Vorlage wird ohne weitere Debatte unverändert genehmigt und sodann die am Sonnabend abgedrohte zweite Beratung der Farrer-Gehalts-Vorlage fortgesetzt.

Die Artikel 3 und 4 der Vorlage werden gemeinsam diskutiert. Artikel 3 enthält die Erhöhung der von der Regierung vorgeschlagenen Summe von 6 208 903 M. auf 8 508 903 M.

Abg. Tzschoppe (fl.) hält die Bestimmungen dieser Artikel für die wichtigsten der Vorlage, von deren Gestaltung seine Freunde ihre Stellung der Vorlage gegenüber abhängig machen.

Regierungskommissar Geh. Rath Schwarzkopf bemerkt auf eine Anregung des Vorredners, daß die Provinzialbehörden ihre Anweisung zur Ausführung des Gesetzes ganz in dem Sinne empfangen werden, die hier von dem hohen Hause gewünscht wird.

Abg. Schaffner (natl.) bedauert, daß es nicht gelungen ist, das Anfangsgehalt durchgängig auf 2100 M. zu erhöhen.

Abg. v. Gynern (natl.) wiederholt seine schon früher ausgesprochene Befürchtung, daß das Gesetz eine Begünstigung der ländlichen Bezirke auf Kosten der industriellen Gegenden herbeiführen wird.

Reg. Kommissar Geh. Rath Schwarzkopf glaubt den Vorredner mit dem Hinweis beruhigen zu können, daß auch die rheinische Provinzialynode dem Gesetze zugestimmt hat.

Abg. Dr. Jürmer (l.) tritt ebenfalls den Ausführungen v. Gynerns entgegen.

Abg. Dr. Vorsch (z.) hat früher die gleichen Bedenken gehabt, wie der Abg. v. Gynern, doch seien dieselben in der Kommission durch die Erklärungen des Regierungskommissars zerstreut worden.

Die Artikel 3 und 4 werden angenommen, ebenso der Rest der Vorlage.

Der Artikel A der Vorlage, welcher von der Kommission neu aufgenommen ist, bestimmt den Betrag von 3 438 400 M. jährlich aus Staatsmitteln zur Gewährung von widerruflichen Beihilfen an leistungsunfähige katholische Gemeinden.

Nach unerheblicher Debatte wird Artikel A genehmigt, ebenso Artikel 1 und die übrigen Theile der Vorlage.

Damit ist die zweite Beratung der Vorlage beendet. Die von der Kommission beschlossene Resolution: Das Haus erwartet, daß die über die Vorschläge der Staatsregierung hinaus bewilligte Summe von 450 000 M. zur Erhöhung der Mindestgehälter, soweit dieses erforderlich, dienen werden.

Sodann werden mehrere kirchliche Verfassungsgesetze für Schles-

wig-Holstein, Hohenzollern und die älteren Provinzen, die im Herrenhause angenommen sind, debattelos genehmigt. Morgen (Dienstag) 11 Uhr: Eisenbahn-Vorlage. (Linie Treuenbriegen-Rauen.) Pfarvergehälter in 3. Lesung und Antrag Bänisch-Schmidlein betr. die Schulunterhaltungspflicht. Schluß 2 1/4 Uhr.

Unternehmer-Verbände.

Die Verhandlungen über das erstrebte deutsche Zuckersyndikat scheinen nach dem jetzt veröffentlichten Bericht des engeren Ausschusses und des Vorstandes des deutschen Zuckersyndikats gar nicht vom Flecke rücken zu wollen.

Amerikanischer Teppichtruf.

Die New-Yorker Handelszeitung bringt aus Philadelphia die Nachricht, daß unter den dortigen Fabrikanten von sogenannten Ingraintepichen, von denen sich weniger als 100 im Lande und davon 80 in Philadelphia befinden, eine Bewegung im Gange ist, einen Truf zu organisieren, um die Produktion, den Verkauf und die Preise der Ingraintepiche zu kontrollieren.

Ausnahmepreise

für:

Strohhüte für Damen 35 Pf. verschied. Formen

Matrosenhüte für Damen 60 Pf.

Binsenhüte für Damen, 95 Pf. weiss

Matrosenhüte 1 Mk. garniert, für Damen,

Garnierte Hüte für Damen, 10, 8, 6, 5, 4.25, 3.50, 3 Mk.

Maline-Tüll Meter 18 Pf. 65, 38,

Gitterschleier 75 Pf. mit Chenilletupfen Meter

Garnierbänder 55 Pf. für Damenhüte Meter 75, 60,

Federstutz 20 Pf. weiss, grau, schwarz

Grosse

Ausstellung

diese Woche

bis Sonnabend.

Damenhüte, Bänder, Blumen, Weisswaren, Spitzen, Schleier, Sonnenschirme.

Ausnahmepreise

für:

Veilchen aus Stoff, Dutzend 4 Pf.

Atlas-Rosen in allen 10 Pf. Farben

Mohn-Piquets 28 Pf. dreiteilig 75 Pf. zweiteilig

Kinderhüte 90 Pf. Mull mit Strohkopf

Kinderhüte 2.50 M. Batist mit Stickerei

Kinderschärpen 2.40 Mk. seidener Pongé

Halsrüschen 35 Pf. Seiden-Marabout, Meter

Nackenrüschen 45 Pf. Spitzen mit Chiffon

Seidene Schleifen 70 Pf. schottischer Surah

Warenhaus A. Wertheim

